



FIGU- ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

4. Jahrgang
Nr. 101, Sept./1 2018

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Wenn Brüssel das letzte Wort hätte ...

EU-No-Bulletin, News | 16. August 2018



«Flankierende Massnahmen»

Warum verlangt Brüssel von der Schweiz den Abschluss eines Rahmenvertrags? Weil Brüssel nicht länger duldet, dass es inmitten Europas ein Land gibt, das brüsselunabhängig selbständig über Fragen entscheidet, die Brüssels Bürokratie als «binnenmarktrelevant» eingestuft hat.

Warum stehen die in der Schweiz gültigen «flankierenden Massnahmen» zur Personenfreizügigkeit im Visier Brüssels? Weil Brüssel nicht länger duldet, dass es inmitten Europas noch ein Land gibt, das eigenständig, ausgerichtet auf eigene Interessen, die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgestaltet. Brüssels Bürokratie hat diese Fragen längst als «binnenmarktrelevant» eingestuft, so dass die EU-Zentrale – von jeglicher demokratischen Mitbestimmung anderer Gewalten befreit – ganz allein darüber endgültig entscheiden kann.

Politisch und wirtschaftlich erfolgreich

Kommt dazu, dass dieser Schweiz, diesem seine Verhältnisse selbständig gestaltenden Land inmitten des EU-Territoriums längst weltweit Respekt gezollt wird für seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Wird ein Teil der Welt von einer Währungskrise befallen, flüchten die Betroffenen ihre Vermögen in die Schweiz – nicht in die EU. Die EU – mit dem Euro eigentlich Weltgeltung beanspruchend – ist dagegen Teil und Mitverursacherin von Krisen, weil ihre von Bürokraten und Funktionären erfundene Einheitswährung marktuntauglich ist.

Aus dieser Perspektive wird nachvollziehbar, dass die über Vertragsdetails offensichtlich gut informierten Spitzen der Gewerkschaften die heute noch bestehende Schweizer Souveränität über die Ausgestaltung der Sozialpartnerschaft nicht ohne weiteres aus der Hand geben wollen. Unterstände die Schweiz bereits heute dem Rahmenvertrag, den Brüssel ihr aufzwingen will,



würde Brüssel, würde letzten Endes der Europäische Gerichtshof über die Sozialpartnerschaft in der Schweiz entscheiden und zu Gericht sitzen. Definitiv entscheiden – ohne Mitspracherecht der Schweiz, ohne Mitspracherecht der Schweizer Arbeitgeber, ohne Mitspracherecht der Schweizer Gewerkschaften.

Erfahrung gegen diffuse Erwartungen

Während die Gewerkschaften um ihren Einfluss auf die Ausgestaltung der Sozialpartnerschaft fürchten, salbieren die Funktionäre der Arbeiterschaft in diffusen Erwartungen und kaum realistischen Hoffnungen. Man konnte sie aus freisinnigem Mund (Nationalrätin Christa Markwalder, Nationalrat Hans-Peter Portmann) im «Club» vom 14. August 2018 im Schweizer Fernsehen hören: Würde die Schweiz den Rahmenvertrag nicht übernehmen, wären – nicht näher bezeichnete – Wirtschaftseinbrüche zu erwarten, würde der bilaterale Weg in irgendeiner Sackgasse verenden.

Zugegeben, entsprechende Drohungen verlauten nicht selten auch aus Brüssels Bürokratie – ausgesprochen mit erpresserischer Absicht, auf dass sich die Schweiz dem Rahmenvertrag endlich unterwerfe. Handfeste Nachteile aus einer Absage an den Rahmenvertrag weiss allerdings weder Brüssel noch Bundesbern glaubwürdig zu formulieren oder auch nur zu erkennen.

Rechtssicherheit?

Der Rahmenvertrag, behaupten hiesige Wirtschaftsfunktionäre, würde uns angesichts grundlegender Veränderungen in der Weltwirtschaft «Rechtssicherheit» gewährleisten. Was für eine Rechtssicherheit denn?

Der Rahmenvertrag, würde er je Tatsache, würde die Schweiz zwingen, die Gesetzgebung über alles, was Brüssel eigenmächtig als «binnenmarktrelevant», also als wichtig deklariert, an Brüssel abzutreten. Zugegeben: Solche Neuerung schufe Rechtssicherheit. Jene «Rechtssicherheit», die dem blüht, der nichts mehr zu sagen hat. Die Schweiz käme in den «Genuss» der Rechtssicherheit einer Unterworfenen, eines entrechteten Staates, der von Brüssel in allen wichtigen Fragen gegängelt würde. Dies scheinen die Spitzen der Gewerkschaften – wenn auch spät – endlich erkannt zu haben, während die Arbeitgebervertreter sich vagen Hoffnungen und Erwartungen hingeben, Brüssel würde uns wohl ganz sicher «günstige Vertragsbedingungen» einräumen.

Demokratie erfordert Leistungsbereitschaft

Es wäre, sagen diese Arbeitgeberfunktionäre, mühsam, angesichts sich durchsetzender Veränderungen in der Wirtschaftswelt, bilaterale Verträge mit Brüssel immer wieder neuen Bedingungen anpassen zu müssen. Sie müssten gegebenenfalls gar neu ausgehandelt oder neu ausgelegt werden.

Sicher: Würde Brüssel solche Verträge allein, nur seinen Wünschen und Interessen gemäss neu ausgestalten, hätten hiesige Funktionäre ein leichteres Leben. Könnte Brüssel über alle wichtigen Neuerungen allein entscheiden, alles Neue der Schweiz bloss diktieren: Das Leben für Funktionäre würde einfacher. Nichts zu sagen zu haben, bei Kongressen als Weisungsempfänger trotzdem dabei zu sein, das mag heutigen Funktionären als gleich attraktiv erscheinen, wie früher das Höflingsleben den dazu Auserwählten am Hof der Monarchen als attraktiv erschien.

Aber die Schweizerinnen und Schweizer, die grossen und kleinen Unternehmer, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, alle, die ihr Leben aus eigener Kraft, aus eigener Entscheidung gestalten, die hätten nichts mehr zu sagen, die wären entrechtet. Die direkte Demokratie wäre Vergangenheit.

Die Schweizer Bundesverfassung – ein Sonderfall

Die Schweiz – und darin ist sie Sonderfall – hat sich vor bald zwei Jahrhunderten eine nicht nur damals als einzigartig eingestufte Verfassung geschaffen. Darin ist die Möglichkeit der Verfassungs-Teilrevision einer ihrer wichtigsten Pfeiler. Die Verfassung ermöglicht sowohl dem Parlament, dem Bundesrat, aber auch dem Volk, jederzeit Anpassungen vorzuschlagen, in die Beratung einzuführen, schliesslich zu genehmigen oder abzulehnen, wenn neue Entwicklungen eintreten, die das Leben der Schweizerinnen und Schweizer betreffen.

Keine Generation ist davon befreit, aufgrund sich ergebender Entwicklungen unter Umständen grundlegende Entscheidungen treffen zu müssen. Genau dies erleichtern, ja ermöglichen die Verfassungsbestimmungen über Teilrevisionen in der offen gestalteten Schweizerischen Bundesverfassung. Dies wurde geschaffen für ein Volk und für ein Land, das gewillt ist, mit eigenständig erarbeiteten, aus eigener Erfahrung gewonnenen Erkenntnissen die Staatsordnung laufend, Schritt für Schritt zu erweitern, umzubauen, teilzuerneuern. Zugegeben, das verlangt von denen, die Entscheidungskompetenz haben – hierzulande von allen Bürgerinnen und Bürgern –, persönliche Anstrengung, persönliche Leistung. Dieser kann sich entledigen, wer wichtige Entscheidungskompetenzen nach Brüssel abtritt.

Aber er entrechtet sich damit auch.

Rahmenvertrag verlangt Unterwerfung

Aus der Diskussion um die Flankierenden erhält die Öffentlichkeit Anschauungsunterricht, was der Schweiz blüht, wenn Gesetzgebungskompetenz in den wichtigsten Fragen an Brüssel abgetreten wird. Doch genau die Abtretung solcher Gesetzgebungskompetenz an Brüssel ist der Hauptzweck des Rahmenvertrags. Mit dem Rahmenvertrag strebt die Brüsseler Bürokratie die Unterwerfung der Schweiz unter ihre Vorherrschaft an. Es geht um Unabhängigkeit, es geht um Selbstbestimmung. Auf dem Spiel steht die direkte Demokratie – auch bezüglich Sozialpartnerschaft.

Bleibt die Demokratie intakt, kann die Schweiz über die Personenfreizügigkeit, welche die Streitereien um die Flankierenden ausgelöst hat, weiterhin eigenständig bestimmen. Unterwirft sich die Schweiz dem Rahmenvertrag, dann entscheidet in Einwanderungsfragen Brüssel allein. Endgültig! Dann wird die Schweiz als Opfer der von Brüssel institutionalisierten Masseneinwanderung als eigenständiges, demokratisches Land untergehen.

EU-No/us

Quelle: <https://eu-no.ch/wenn-bruessel-das-letzte-wort-haette/>

«Dublin» wird auf den Kopf gestellt

Freitags-Kommentar vom 17. August 2018, von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

17.08.2018, 13:56 von szadmin 17.08.2018



Frau Merkels Diktat

Der Dublin-Vertrag – von der EU geschaffen, um Europa vor unkontrollierter Masseneinwanderung zu beschützen – wird von Frau Merkel als untauglich erklärt. Sie, Ausruferin der «Willkommenskultur», will Migranten nicht länger zurückweisen, vielmehr auf alle europäischen Länder «gerecht» verteilen. Und die EU entwirft Pläne, allen Asylbegehrenden die freie Wahl des Asyllandes zu gestatten. Wehrt sich die Schweiz nicht nachdrücklich gegen diese Ideen, dann drohen ihr neue, nicht mehr aufhaltbare Einwandererwellen.

Frau Merkel begab sich nach Madrid, um zusammen mit dem neuen Ministerpräsidenten Spaniens festzustellen: Der Dublin-Vertrag funktioniert nicht mehr.

Der Dublin-Vertrag, Zwillingbruder des Schengen-Vertrags, hätte das Asylwesen in allen dem Schengen-Vertrag angeschlossenen Ländern vereinheitlichen sollen. Mit einfachen, eigentlich jedem gut verständlichen Regeln: Wer an einer Schengen- bzw. EU-Aussengrenze ankommt und Asyl verlangt, dessen Asylgesuch ist von jenem dem Schengen-Vertrag angeschlossenen Staat zu behandeln, der als erster um Asyl angegangen worden ist. Die EU versprach hoch und heilig, die EU-Aussengrenze fortan so sorgfältig und so vollständig abzusichern, dass nie mehr unkontrolliert massenhafte Grenzüberquerung zu befürchten sei.

«Willkommenskultur» killt Dublin-Vertrag

Es ist anders gekommen: Als Dublin erstmals ernsthaft auf die Probe gestellt wurde, verkündete Angela Merkel – ohne irgendeinen Partner in der EU um Zustimmung zu befragen – die «Willkommenskultur». Damit öffnete sie unkontrollierter Masseneinwanderung nach Europa alle Tore.

Unhaltbare Entwicklungen waren die Folge. Einige, vor allem osteuropäische Staaten haben – vom Massenansturm anfangs völlig überrascht – die Dublin-Bestimmungen aus eigener Kraft durchgesetzt, also bewachte Schranken und Zäune aufgebaut, die weitere Masseneinwanderung verhinderten.

Dank ernteten sie für diese Vertragserfüllung von der EU nicht. Im Gegenteil: Sie wurden von Brüssel und Regierungen zahlreicher EU-Mitgliedländer geschmäht, scharf kritisiert, verurteilt, mit Sanktionen bedroht. Dublin mündete in ein Vertrags-Chaos.

Vom Abhalte- zum Verteil-System

Angela Merkel geriet in die Defensive. Wiederum völlig eigenmächtig verkündete sie «Verteilschlüssel»: Was sie

Europa in Form von Millionen Einwanderern beschert hatte, sollte gleichmässig auf alle dem Schengen-System angeschlossenen Staaten verteilt werden.

Nicht nur die Osteuropäer zeigten ihr die kalte Schulter. Aber kürzlich hat Spanien einen neuen Präsidenten bekommen. Dieser scheint darauf versessen, in den Medien positive Schlagzeilen zu ernten. Er übernahm die Rolle von Merkels Erfüllungsgehilfen. Das lenkte Frau Merkels Schritte ohne Verzug nach Madrid zur Verbündetenpflege.

Und dort, in Madrid, teilte sie der Welt eine neue Erkenntnis mit: Dublin funktioniert nicht. Dublin müsse erneuert werden. Schluss mit Abhaltung illegaler Einwanderer. Dublin solle nicht mehr Masseneinwanderung nach Europa verhindern – Dublin solle zu einem Verteilsystem aller Eingewanderten mutiert werden. Merkel will das, Berlin dekretiert es, der Rest Europas scheint kuschen zu müssen.

Faktisch freie Wahl des Asyllandes

Gleichzeitig berät in Brüssel eine Kommission das Projekt «Dublin IV». Die Mitglieder der Kommission sind grossmehrheitlich Befürworter uneingeschränkter Einwanderung. Sie wollen Europa verändern. Es soll in Europa nicht länger verschiedene, eigenständige, je eigene Charaktere aufweisende Völker geben. Stattdessen soll künftig ein grenzüberschreitendes Völkergemisch entstehen – Folge weitgehend unbeschränkter Einwanderung.

Es sind nicht eine Handvoll Spintisierer, die sich dieses neue Europa, aus systematischer Völkerverschiebung resultierend, wünschen. Das EU-Parlament hat die Grundzüge des Programms besagter Kommission akzeptiert.

Das Programm bekam den Titel «Dublin IV».

Das Projekt ist für Migranten verlockend: Wer als Migrant an der Aussengrenze der EU ankommt und sich als Flüchtling ausgibt, darf angeben, ob er irgendwo in Europa einen Freund, einen Bekannten, einen Verwandten kennt oder ob er mit irgend jemandem in irgendeiner Beziehung steht. Solche «Beziehungen», so darf man erwarten, dürften in Bälde bei Schleppern gegen erhebliches Entgelt auch gekauft werden können.

Kann ein asylbegehrender Ankömmling Beziehungen, Verwandtschaft oder Ähnliches nennen, wird ihm ein «Rechtsanspruch» eingeräumt, dass sein Asylverfahren dort eingeleitet wird, wo sein Freund, sein Bekannter, seine Beziehungsperson wohnt.

Solche Regelung – faktisch auf freie Wahl des Asyllandes hinauslaufend – ist nicht nur für legale und illegale Einwanderer äusserst attraktiv. Sie spricht auch die der Einwanderung betont skeptisch begegnenden Osteuropäer an: Diejenigen, die Masseneinwanderung konsequent unterbunden haben, haben automatisch auch Vorsorge dafür geleistet, dass in ihren Ländern kaum Freunde, Bekannte oder Verwandte von Neuankömmlingen leben.

Schweiz Hauptbetroffene

Es werden Deutschland, Schweden und die Schweiz sein, welche die vorhersehbaren Einwanderungslawinen gemäss «Dublin IV» aufzunehmen haben. Die Schweiz ist besonders betroffen: Wir verfügen neuerdings über Gerichte, die behaupten, internationale Regulierungen gingen schweizerischem Recht generell vor. Also hätten wir «Dublin IV», sobald es in Brüssel verabschiedet wird, ohne Wenn und Aber zu übernehmen. Schöne Aussichten!

Am 25. November dieses Jahres hat die Schweiz eine wichtige Entscheidung zu treffen. Es geht um die Selbstbestimmungs-Initiative. Der Souverän hat zu bestimmen, ob in der Schweiz das aus unserer Demokratie hervorgegangene Schweizer Recht auch immer gilt. Oder ob – was Bundesbern unbedingt durchsetzen möchte – von internationalen Funktionären bestimmte Regelungen künftig dem Schweizer Recht vorgehen.

Sollte der Souverän den Schweizern in dieser Abstimmung das Selbstbestimmungsrecht absprechen, internationale Funktionäre als übergeordnete Regulierer anerkennen, dann bleibt die Schweiz gegenüber «Dublin IV» machtlos. Das Schweizer Volk würde sich selbst entrechtet. Und die Schweiz wird in der Masseneinwanderung, die ihm Brüssel mit «Dublin IV» verordnen will, untergehen.

Quelle: http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/dublin_wird_auf_den_kopf_gestellt-3451

Nachträglicher Anhang in bezug auf die «Reichsbürger»-Artikel im Zeitzeichen Nr. 100, August/2 2018

1) Verfassungsschützer:

Reichsbürger-Bewegung hat rund 18 000 Anhänger

Epoch Times; 29. April 2018 11:22

2) Verfassungsschutzbericht:

Reichsbürger «staatsfeindlich und extremistisch» und bereit für «schwerste Gewalttaten»

Epoch Times; 24. Juli 2018 7:43

3) Reichsbürger wehren sich gegen Stromzählereinbau - Drei Verletzte

*13.07.2018 • 16:58 Uhr; <https://de.rt.com/1k98>; Quelle: www.globallookpress.com***Dazu noch folgender Auszug aus dem 709. offiziellen Kontaktgespräch vom 29. Juli 2018**

Billy ... Vorerst möchte ich aber noch eine Frage bezüglich folgender Zeitungsartikel stellen, weil in Deutschland das «Reichsbürger-Bewegung»-Problem wieder neuerlich aktiv wird. Nach einem Vorfall im mittelfränkischen Ort Georgensgmünd in Deutschland am 19. Oktober 2016, habt ihr von weit über 14 000 «Reichsbürgern» (genaue Zahl war 14 791) gesprochen, die in Deutschland existierten. Nun hat sich die Anzahl der «Reichsbürger» drastisch erhöht, wie der Verfassungsschutz bekanntgibt.

Ptaah Die Anzahl von 14 791 «Reichsbürgern» hat sich seit unserer letzten Zählung innerhalb kurzer Zeit infolge diverser Sensationsaufmachungen von Medien, wie Television, Zeitungen und Journalen, bezüglich des Geschehens im Ort Georgensgmünd am 19. Oktober 2016 auf 27 622 erhöht. Die rasant gestiegene Anzahl der in Deutschland neu entstandenen «Reichsbürger» einerseits wurden also durch die Sensationsmedienberichte animiert, andererseits grossteils aber auch durch die falsche unhaltbare, freiheits- und volkswillenfeindliche Politik- und Staatsführung. Nebst der auf 27 622 «Reichsbürger» angewachsenen Anzahl – von denen sich viele vor staatlichen Repressionen fürchten und deshalb nur in heimlicher Weise ihrer «Reichsbürgerschaft» zuneigen – sympathisiert gemäss unseren Abklärungen noch eine Anzahl von mehr als 83 000 Frauen und Männern in Deutschland, die sich gesinnungsmässig einer «Reichsbürger»-Anhängerschaft verbunden fühlen und deren Ideologie favorisieren. Was sich aber weiterhin ergibt, das ist die Tatsache, dass die Zahl der «Reichsbürger» und deren Anhängerschaft weiterhin ansteigt, wobei insbesondere die Unzufriedenheit der deutschen Bürgerschaft der wichtigste Faktor ist, und zwar die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung, wobei damit hauptsächlich die Bundeskanzlerin im Visier der Abneigung und des Hasses steht, die auch für die «Flüchtlings-Willkommenskultur» verantwortlich ist.

Billy Danke, dann kann es also nur noch schlimmer kommen, und zwar sowohl mit der Unzufriedenheit wie auch mit dem Hass gegen die deutsche Bundesregierung und damit speziell in bezug auf die Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Ptaah Das wird tatsächlich der Fall sein.

Billy Die «Reichsbürger» und Neonazis in Deutschland und der Schweiz usw., wie auch diverse andere Gruppierungen in Form von Autonomiegruppen und Selbstverwaltern usw. in vielen anderen Ländern, sind meines Erachtens nichts anderes als Rechtsterroristen, die ihren Terror in ihrem Staatshass und Schwachsinn krankhaft dumm und dämlich mit «Frei» und «Freisein» sowie «Freiheit» usw. gleichsetzen. Die Machenschaften der Neonazis hatten ja Ende der 1970er, und dann zu Beginn der 1980er Jahre durch eine Gruppe der «Reichsbürger» auch Auswirkungen auf uns resp. die FIGU, woran ihr Plejaren euch wohl ebenso noch erinnert, wie sicher auch Bernadette und ich, und zwar darum, weil sich dem Wahn verfallene Neonazis und «Reichsbürger» bei uns meldeten und uns Dank aussprachen, dass die FIGU mit ihnen gleichziehen würde. Auf diese verrückte Idee kamen sie infolge des Vereinsnamen «Freie Interessengemeinschaft», weil sie der wirren Meinung waren, dass unter dem Begriff «Freie» eine vom Staat abgetrennte «Autonomie» zu verstehen sei, folglich die «Freie Interessengemeinschaft» eine Autonomiegruppe sei. Davon distanzieren wir uns natürlich vehement und wozu ich ein besonderes gewichtiges Wort zu sagen habe:

Unser Verein FIGU resp. die «Freie Interessengemeinschaft Universell» entspricht einem rechtsstaatlichen Verein, der, wie auch alle FIGU-Vereinsmitglieder, die Schweiz als Staat, wie auch dessen Bundesverfassung und die Gesetze anerkennt und befolgt. Auch anerkennen der Verein FIGU und dessen Mitglieder konsequent und umfangreich die historischen Fakten. Also wird die Existenz der Schweiz als Staat in keiner Weise geleugnet, dieser nicht verunglimpft oder verneint, wie auch nicht die Legitimität der Grundgesetze in Frage gestellt wird, denn allgemein werden von der FIGU und deren Mitgliedern die Bescheide der Behörden und Gerichte akzeptiert. Dazu gehören auch die notwendigen unumgänglichen staatlichen Abgaben, wie Steuern usw. Also gründet die FIGU «Freie Interessengemeinschaft» auf keiner autonomen Gruppierung, keinem eigenen autonomen Staat

oder etwas sonstig Staatsfeindlichem und ist auch nicht willig, davon abzuweichen. Und dies ist und bleibt so, denn der Verein FIGU wahrt das FREIE und die FREIHEIT in jeder rechtschaffenen und gesetzlich-staatsgesetzlich konformen und erlaubten Weise, was auch seine Mitglieder in rein privater Eigenschaft so halten, was staatsgesetzlich absolut des Rechens ist. Also ist der Verein FIGU in den Staat Schweiz eingeordnet, wie auch die Vereinsmitglieder in die gesamte staatliche Ordnung der Schweiz eingefügt sind. Der Verein FIGU erstellt auch keine Phantasieausweispapiere usw., sondern nur Ausweise usw. die rechtschaffenerweise nur FIGU-vereinsbezogen sind, wie in jeder Beziehung auch nur das staatlich gefertigte Geld als Zahlungsmittel genutzt und damit auch ehrlich die gerechtfertigten Steuern bezahlt werden, die in jeder erdenklich gerechtfertigten und notwendigen Weise zum Erhalt des Staates Schweiz beitragen.

Was nun aber verrückte Autonomiegruppierungen betrifft, wie Reichsbürger oder Einzelautonome resp. Einzelautonomiepersonen oder andere staats- und ordnungsfeindliche Elemente, Gruppierungen und Selbstverwaltungsverrückte usw., so gibt es solche nicht nur in Form von «Reichsbürgern» usw. in Deutschland, sondern auch in der Schweiz, wobei sich diese «Autonomen» und «Selbstverwaltenden» usw. nicht an Gesetze halten und den Rechtsstaat als einen Witz verunglimpfen. Auch in der Schweiz wird diesbezüglich eine Bewegung immer grösser, wobei diese den Reichsbürgern aus Deutschland ähnelt. «Die Schweiz ist auch nur ein Verein» wird proklamiert, zudem halten die Schweizer-Reichsbürger-Sympathisanten im Internet Kontakt untereinander, wobei sie auf Facebook dazu Anleitungen geben, wie sich willige Reichsbürgerverrückte vom Staat «abmelden» und «Mensch werden» können. In einem YouTube-Video gibt ein gewisser Heino Fankhauser sogar Anweisungen, wie er mit einer «eidesstattlichen Erklärung» seine Person an den Staat «zurückgegeben» habe und seither nur als «Mensch Heino» angesprochen werden wolle. Seither setzt er unter Dokumente nur noch seinen Daumenabdruck und in Kleinbuchstaben seinen Namen. Schweizer «Reichsbürger» nutzen auch allerlei selbstgefertigte Ausweise und fiktive Auto-Nummernschilder und fahren damit in der Schweiz herum, wobei sie sogar den Behörden und Gerichten vorschreiben, dass diese nur über Personen richten dürften, nicht jedoch über Menschen. Damit wird wohl gesagt, dass nur über Personen gerichtet werden dürfe, die dem Staat Schweiz angehören, nicht jedoch über «Reichsbürger», weil allein diese «Menschen» seien und eben als solche genannt werden müssten. Auch wird von diesen «Reichsbürgern» proklamiert, dass Polizeirecht nicht über Menschenrecht zu verhandeln sei.

Nun, auch in Österreich ist das «Reichsbürgerwesen» aktiv, wobei die österreichischen Staatsleugner sich «Freemen» nennen oder als Anhänger des «One People's Public Trust» (OPPT) bekannt sind, die behaupten, dass sie den Staat betreiben könnten, wozu aber gesagt werden muss, dass es auch in der Schweiz OPPT-Anhänger gibt. Österreich hat es aber auch mit einer Organisation zu tun, die sich «International Common Law Court of Justice Vienna» (ICCV) nennt, die zudem ihr Zentrum in die Schweiz verlagerte und mit den Menschen-, Natur- und Völkerrechten eine «allgemeine Rechtsprechung» etablieren will, die über der Bundesverfassung stehen solle. Auch eine sogenannte «Sheriff Association» gehört zum ICCJV, die im Schweizer Handelsregister als Verein eingetragen ist, wobei diese «Sheriffs» «geladene Waffen offen oder verdeckt» tragen sollen, was zum «Erledigen von Gerichtsaufträgen» gedacht sei, wie es auf der ICCJV-Website nachzulesen ist. In dieser Weise sollen die Waffengesetze der Schweiz keine Gültigkeit haben. Also ist der ICCJV auch in der Schweiz aktiv, wobei zu den Gründern auch der Schweizer Unternehmer Daniel Model gehört, der als Hersteller von Verpackungen einen Jahresumsatz von rund 600 Millionen Franken erwirtschaftet. Er gründete im Jahr 2006 zudem einen eigenen Staat, den er «Avalon» benannte und wofür er einen wuchtigen Steinbau errichtete – den Modelhof, wo unter anderem Vorträge gehalten werden und zu «Illegitimität und Alternativen» des staatlichen Gewalt- und Rechtsmonopols aufgerufen wird. «Reichsbürger» sind also nicht nur ein nationales, sondern weitumfassend ein internationales Phänomen, und dieses gibt es auch in vielen anderen Ländern, z.B. in Australien, wie auch in Dänemark z.B. «Christiana», wie aber auch in Frankreich, England, Kanada, in den USA, Russland, wie auch in diversen anderen Ländern.

Für den Begriff «Reichsbürger» gibt es eigentlich keine gemeingültige Definition, wie in dieser Richtung auch keine einheitliche «Bewegung» oder Ideologie existiert. Effectiv sind einzelne Gruppierungen zum Teil untereinander zerstritten, weil ihre staatsfeindlichen Ideologien voneinander abweichen. Deren pathologisch wirres Gedankengebäude besteht aus diversen und in sich selbst unlogischen rechtsextremistischen, rassistischen, religiös-sektiererischen und antisemitischen oder weltlich-irren Ideologien, Verschwörungstheorien oder esoterischen Unsinnigkeiten. Eines jedoch weisen alle weiblichen und männlichen Anhänger von solchen Schwachsinnsideologien auf, nämlich, dass sie die regulären und verfassungsmässig erschaffenen Staaten nicht anerkennen. Denn alle behaupten sie, dass der effective verfassungsmässige Staat nicht des Rechens bestehe und dass die Völker von diesen «Scheinstaaten» nur ausgebeutet würden, wobei die «Reichsbürger» aller Art die historischen Fakten konsequent ignorieren und verleugnen. Zudem grenzen sie ihre Wohnungen, Häuser und ihr Land ab,

wobei extreme «Reichsbürger»-Elemente sich in ihrem Wahn nicht scheuen, mit Waffengewalt ihr «Reich» zu verteidigen und dadurch den Tod anderer in Kauf zu nehmen.

Nun, ich denke, wenn die Existenz des verfassungsgerechten Heimatstaates von «Reichsbürger»-Elementen gelehnt wird, dann wird damit auch die Legitimität von Grundgesetzen verneint, wie auch Bescheide von Behörden und Gerichten nicht akzeptiert, keine Steuern oder sonstige staatliche Abgaben bezahlt noch irgendwelche Staatspflichten erfüllt werden. «Reichsbürger» jeder Fassung gründen eigene Regierungen, Monarchien und setzen Könige, Reichsbeamte oder Reichsmilitär ein. Ausserdem drucken sie eigenes Geld und geben es auch aus, wie z.B. das «Engelgeld» in Sachsen-Anhalt, wie sie aber auch Phantasiepapiere, wie Pässe, Führerscheine und Personalausweise usw., ausfertigen und sich damit im regulären verfassungsmässigen Staat zu legitimieren versuchen. In dieser Weise gibt es recht sonderbare Blüten, wie beispielsweise einen selbsternannten «König von Deutschland», der mit bürgerlichem Namen Peter Fitzek heisst und mit einem eigenen «Reich» und mit einer eigenen Währung verrücktspielt.

Was ich nun aber noch zur Intelligenzlosigkeit und Verantwortungslosigkeit der Bundeskanzlerin Merkel in bezug auf die hervorgerufene «Flüchtlings-Willkommenskultur» sagen will, die bis heute und auch noch in weitere Zukunft anhält, von der praktisch alle EU-Diktaturstaaten, wie aber auch die Schweiz, befallen wurden, so wird das Ganze ja nicht allein durch kriminelle Schleuser aufrechterhalten. Wie du privaterweise schon mehrfach gesagt hast, arbeiten verantwortungslose Regierende der Fluchtländer mit den Schleusern zusammen und kassieren dadurch ebenfalls von den Flüchtlingen, die ihre Schleuser bezahlen müssen. Also bereichern sich nicht nur die Schleuser an den Flüchtlingen, sondern auch die verantwortungslosen Regierenden, die mit den Schleusern zusammenarbeiten. Den betreffenden Regierenden der Fluchtstaaten kommt die «Flüchtlings-Willkommenskultur» der Merkel sehr gelegen, wie du gesagt hast, denn all die Flüchtlinge, die den Weg nach Europa suchen, wobei viele den Tod finden, belasten ihre Heimat nicht mehr mit Arbeitslosigkeit, Armut, Kriminalität, Verbrechen und diversen anderen Problemen. Darüber freuen sich natürlich die verantwortungslosen Regierenden der Fluchtstaaten, weil sie sich einerseits nicht mehr oder viel weniger mit diesen Problemen herumärgern müssen, andererseits jedoch durch die angeheuerten Schlepper noch bezahlt werden und also horrend profitieren. Das aber, indem die verantwortungslosen Regierenden der Fluchtstaaten heimlich Schleuser anheuern und zudem das Fluchtgebaren der Fluchtwilligen fördern, und zwar besonders junge Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen, weil ihnen eingebleut wird, dass sie in Europa sehr willkommen seien und in Freuden und Herrlichkeit leben könnten. Mit lügnerischen Versprechungen werden sie zur Flucht nach Europa animiert, was heimlich und weitumfassend in den Fluchtstaaten staatlich gefördert wird, wovon aber die grossmäuligen, von Dummheit, Grössenwahn, Machtgier und Selbstherrlichkeit befallenen Regierenden und all die falschhumanistischen Flüchtlingsretter keinerlei Ahnung und Wissen haben. Deshalb tun sie ebenfalls alles in ihrem Unwissen, um die Flüchtlingsströme noch weiter zu fördern und die Schleuser sowie deren verantwortungslose Hintermänner in den Regierungen der Fluchtländer reicher und reicher zu machen, während andererseits viele Flüchtlinge, die horrende Beträge an die Schleuser bezahlen, auf den beschwerlichen Wegen nach Europa den Tod finden.

Ptaah Darüber habe ich schon mehrmals gesprochen, doch war dies tatsächlich immer nur privaterweise, weshalb es wohl gut ist, dass du diese Tatsachen einmal in einem offiziellen Gespräch erwähnst, was auch ich hätte tun können, was aber nie der Fall war, weil stets andere Fakten zu bereden waren. ...

Die Liste der Feinde Amerikas wird länger

Patrick J. Buchanan, erschienen am 14. August 2018 auf > Antiwar.com

Am Freitag, mitten im 17. Jahr des längsten Kriegs Amerikas, überrannten die Taliban die Provinzhauptstadt Ghazni, die an der Autobahn von Kabul nach Kandahar liegt. Die Heftigkeit der Taliban-Offensive brachte US-Berater zusammen mit der US-Luftmacht, einschliesslich eines B-1-Bombers, in die Schlacht.

«Während die Zahl der Opfer in Ghazni am Sonntag zu steigen schien», berichtete das Wall Street Journal, «waren die Krankenhäuser mit Leichen übersät, Leichen lagen in Ghaznis Strassen, und Schüsse und Granaten hinderten Verwandte daran, die Friedhöfe zu erreichen, um ihre Toten zu begraben.»

Im Jemen fand am Montag auf dem Stadtplatz von Saada ein Begräbnis für 40 Kinder statt, die von Saudis oder den Vereinigten Arabischen Emiraten bei einem Luftangriff auf einen Schulbus mit von den USA bereitgestellten Flugzeugen und Bomben massakriert worden waren.

«Ein Verbrechen Amerikas und seiner Verbündeten gegen die Kinder des Jemen», sagte ein Houthis-Rebellenführer. Jemen gehört zu den schlimmsten humanitären Katastrophen der Welt, und bei der Schaffung dieser Menschenrechts-Tragödie hat Amerika eine unverzichtbare Rolle gespielt.

Die USA haben auch 2000 Soldaten in Syrien stationiert. Unsere Kontrolle mit unseren kurdischen Verbündeten über diesen Quadranten Syriens östlich des Euphrats wird uns fast sicher in einen Konflikt mit einer Regierung und einer Armee bringen, die darauf bestehen, dass wir ihr Land verlassen.

Was unsere Beziehungen zur Türkei betrifft, so waren sie nie schlechter. Präsident Erdogan betrachtet unsere kurdischen Verbündeten in Syrien als Kollaborateure seiner eigenen kurdischen Terroristen PKK. Er sieht uns als Zufluchtsort für den Exil-Kleriker Fethullah Gulen, der laut Erdogan hinter dem Putschversuch im Jahr 2016 stand, bei dem er und seine Familie ermordet werden sollten.

Letzte Woche, als die türkische Währung Lira in einen Abwärtssog geriet, hat Präsident Trump diesen noch verstärkt, indem er die US-Zölle auf türkisches Aluminium und Stahl erhöht hat. Wenn die Lira zusammenbricht und die Türkei ihren Schuldverpflichtungen nicht nachkommen kann, wird Erdogan den Amerikanern und Trump die Schuld in die Schuhe schieben. Was eine Frage aufwirft: Wie viele Streitigkeiten, Konflikte und Kriege und mit wie vielen Gegnern können es selbst die mächtigen Vereinigten Staaten von Amerika aufnehmen?

Im November werden die strengsten US-Sanktionen gegen den Iran verhängt werden. Zu den Zielen dieser Politik gehört: Zwingen so viele Länder wie möglich, iranisches Öl und Gas zu boykottieren, seine Wirtschaft zu versenken und die Regierung zu stürzen. Der Iran hat eine mögliche Reaktion für den Fall signalisiert, dass seinem Öl und Gas der Zugang zu den Weltmärkten verwehrt wird. Diesen August übten iranische Kanonenboote in der Strasse von Hormuz und unterstützten eine Regierung, die warnt, dass, wenn iranisches Öl nicht aus dem Golf heraus kann, das Öl der arabischen OPEC Nationen genauso drin bleiben muss. Letzte Woche hat der Iran eine Anti-Schiff-Rakete abgefeuert.

Der Iran hat Trumps Angebot von bedingungslosen Gesprächen von Angesicht zu Angesicht abgelehnt, es sei denn, die USA heben zuerst die Sanktionen auf, die nach ihrem Rückzug aus dem Atomabkommen verhängt wurden. Ohne Gespräche, mit einer US-Propaganda-Offensive im Gange, dem Untergang der iranischen Rials und dem Stottern der Wirtschaft, regelmässigen Demonstrationen gegen die Regierung und neuen Sanktionen, die für November geplant sind, ist schwer zu erkennen, wie eine Kollision der USA mit Teheran vermieden werden könnte.

Das gilt auch für Wladimir Putins Russland. Letzte Woche verhängten die Vereinigten Staaten von Amerika neue Sanktionen gegen Russland wegen seiner angeblichen Rolle bei der Vergiftung des ehemaligen russischen Spions Sergej Skripal und seiner Tochter in der britischen Stadt Salisbury. Obwohl die Vereinigten Staaten von Amerika bereits 60 russische Diplomaten wegen der Vergiftung ausgewiesen hatten und Russland die Verantwortung vehement leugnet – und schlüssige Beweise nicht veröffentlicht und die Opfer nicht angehört wurden –, sollen im November weitaus strengere Sanktionen hinzugefügt werden.

Premierminister Dmitri Medvedev warnt davor, dass ein solcher Schritt der USA eine rote Linie überschreiten würde: «Wenn ein Verbot von Bankgeschäften oder Währungsgebrauch folgt, wird es auf eine Erklärung des Wirtschaftskriegs hinauslaufen. ... Und das wird eine Antwort mit wirtschaftlichen, politischen und, wenn nötig, anderen Mitteln rechtfertigen.» Dass die Sanktionen beißen, ist unbestreitbar. Wie die türkische Lira und der iranische Rial ist der russische Rubel gefallen und das russische Volk fühlt den Schmerz.

Letzte Woche wurde auch ein U.S.-Poseidon-Aufklärungsflugzeug, das Chinas Bau von militarisierten Inseln im Südchinesischen Meer beobachtete, aufgefordert, «sofort zu verschwinden und sich fernzuhalten». China beansprucht das Meer als sein Staatsgebiet.

Und Nordkoreas Kim Jong Un will offenbar an seinem Arsenal an Atomwaffen festhalten.

«Wir warten darauf, dass die Nordkoreaner den Prozess der Entnuklearisierung beginnen, zu dem sie sich in Singapur verpflichteten und was sie noch nicht getan haben», sagte John Bolton letzte Woche gegenüber CNN.

Eine Liste der amerikanischen Gegner würde hier die Taliban, die Houthis des Jemen, Bashar Assad von Syrien, Erdogans Türkei, Iran, Nordkorea, Russland und China enthalten – ein ziemlich voller Teller.

Sind wir bereit, diese Konfrontationen durchzustehen, um die Kapitulation unserer Gegner zu sichern? Was tun wir, wenn sie sich uns weiterhin widersetzen? Und wenn es zu einem Kampf kommt, wie viele Verbündete werden wir in den folgenden Schlachten und Kriegen haben? War das die Aussenpolitik, für die Amerika gestimmt hat?

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2018_08_14_dieliste.htm

Was die Plejaren zu Sanktionen zu sagen haben Auszug aus 709. offiziellen Kontaktgespräch vom 29. Juli 2018

Billy ... Dann die Frage: Wie beurteilt ihr Plejaren Sanktionen, die gegen andere Staaten ergriffen und durchgeführt werden, wie das speziell die EU-Diktatur und die USA gegen Russland praktizieren?

Quetzal Ein solches Handeln und Tun ist unsinnig und in politischer Weise verwerflich.

Ptaah Sanktionen als politische Waffe entsprechen einer ebenso hinterhältigen, verabscheuungswürdigen und verkommenen Gesinnung wie jegliche Art von Kriegshandlungen. Wenn ich deine Worte benutzen darf, dann will ich dazu auch sagen, dass politische, wie auch anderweitige Sanktionen dumm, primitiv und schwachsinnig sind und beweisen, dass die Urheber solcher Machenschaften despotische, verantwortungslose Elemente sind, denen es sehr horrend an Verstand, Vernunft und Intelligenz und damit auch an einer realen, gesunden und rechtschaffenen Weise in bezug auf eine Regierungsfähigkeit mangelt.

Flucht vor der Wirklichkeit

von Achim Wolf, Deutschland

Ob christlich, muslimisch, hinduistisch, buddhistisch, esoterisch, falsch-philosophisch usw. usf. – Religion und Gotteswahn sind immer eine Flucht vor der Selbstverantwortung und eine Verleugnung der schöpferisch-natürlichen Gesetze und Gebote.

Die grosse Mehrheit der Erdenmenschen hängt einem Glauben an und lebt damit an der Wirklichkeit vorbei; sie macht Fehler über Fehler, rennt sehenden Auges und zugleich blind für die Wirklichkeit und Wahrheit der Kausalität in die Katastrophe. Wenn sie ihren Schlingerkurs in den Abgrund korrigieren will, muss sie anerkennen, dass jede Ursache eine Wirkung hat – die neuerlich zur Ursache für weitere Wirkungen wird – und ihr Denken, Fühlen und Handeln konsequent nach dem ausrichten, was gute Ursachen und gute Wirkungen schafft.



Vom Feuer in die Traufe – Athen wird teilweise überschwemmt

Sott.net; Fr, 27 Juli 2018 16:33 UTC

Vor wenigen Tagen herrschten verheerende Brände in Griechenland und um Athen. Und nun herrscht das genaue Gegenteil in Athen: So starke Regenfälle, dass sie einen ganzen Parkplatz überfluteten:



© dpa

Nach den Bränden haben starke Regenfälle Überschwemmungen im Raum Athen verursacht. Betroffen war vor allem die Athener Vorstadt Maroussi. Dutzende Autos, die auf einem provisorischen Parkplatz von Maroussi geparkt waren, wurden beschädigt. «Es war sintflutartiger Regen. Wir haben aber keine Opfer», sagte Giorgos Karameros, Regionalgouverneur von Nordathen im Staatsfernsehen (ERT).

Zu diesem Naturereignis, das beispielhaft für viele andere steht, die in ihrer Zahl immer mehr zunehmen, einige Sätze aus den Voraussagen von Sfath vom 1. September 1948, Sätze 293–298

Das ganze kommende Chaos und Desaster in den kommenden Zeiten bis ins zweite und dritte Jahrzehnt des dritten Jahrtausends werden gegenüber dem noch harmlos erscheinen, was die Zeiten danach bringen werden. Allen Chaos-Perioden jedoch werden immer Wiederaufbauphasen folgen, wonach dann aber wieder Zerstörungen kommen und alles wieder nichtig machen werden. Beginnen werden einige dieser Geschehen schon in den nächsten Jahrzehnten, wobei Italien durch den Beginn der kommenden Umwälzungen schon bald getroffen werden wird, weil auf dem europäischen Kontinent das Hauptzentrum der ausgehenden Zerstörungen submarin im Mittelmeergebiet sowie im östlichen Mittelitalien liegen wird, wo ab den Jahren 2002 und 2009 schwere Erdbeben und dann ab 2016 und 2017 eine Reihe von Erdbeben die kommenden Geschehen ankünden werden. Von dort aus werden rundum fünf Länder von den verheerenden Zerstörungen und Verwüstungen getroffen werden und teils im Meer versinken. Das Ganze wird sich auch auf die irischen, isländischen und westeuropäischen Küsten ausdehnen, besonders auch auf die niedrigliegenden britischen Küsten, wobei die grossen Umwälzungen einen grossen Teil der Menschheit dazu bewegen werden, sich vom falschen Glauben an Religionen, Sekten und einen imaginären Gott abzuwenden, um sich der Rückkehr zur Wirklichkeit und Wahrheit zu besinnen und sich mit ihren Gedanken und ihrem Bewusstsein wieder dem Wissen der natürlich-schöpferischen Werte zuzuwenden. Die kommenden Zeiten werden bis weit ins neue Jahrtausend hinein sehr traurige Dinge bringen, auch das schlimmste aller Übel, das darin besteht, dass vom Wissen um die Wahrheit des Natürlich-Schöpferischen und damit von der Wirklichkeit und der Wahrheit abgefallen und wieder vermehrt falschen Glaubensformen nachgegangen wird.

Wie bitte, «Bild»? Kreml-Medien lügen, weil sie Chodorkowski-Sprecher zitieren?

21:03 01.08.2018 (aktualisiert 22:38 01.08.2018)



© REUTERS / Maxim Shemetov

Der Mord an drei russischen Journalisten in Zentralafrika sorgt weltweit für Schlagzeilen. Obwohl die Umstände der Tat wie auch der Reisezweck der Russen noch unklar sind, zeigt die «Bild»-Zeitung auch bei diesem Thema, was sie von journalistischer Sorgfaltspflicht hält.

Am Dienstag wurde bekannt, dass drei russische Journalisten in der Zentralafrikanischen Republik getötet worden waren. Das Aussenministerium in Moskau bestätigte die entsprechenden inoffiziellen Berichte. Nach inoffiziellen Angaben hatten sie abgelaufene Presseausweise bei sich. Später hiess es aus dem russischen Aussenministerium, die drei Männer seien mit Touristenvisa nach Zentralafrika gereist.

In welcher Mission Kirill Radtschenko, Alexander Rastorgujew und Orchan Dschemal wirklich in Zentralafrika weilten, ist noch nicht ganz klar: Aus dem Lager ihres Auftraggebers kommen widersprüchliche Informationen dazu. Russische Politiker und Offizielle äusserten ihr Beileid. Aussenminister Sergej Lawrow stellte die Ermittlungen unter seine persönliche Kontrolle.

Deutscher «Qualitätsjournalismus»

Für die «Bild»-Zeitung – wegen einseitiger Berichterstattung schon mehrmals vom Deutschen Presserat gerügt – ist der dreifache Mord in Zentralafrika wieder mal ein Anlass, um Russland und seinen Präsidenten Wladimir Putin durch den Kakao zu ziehen.

Lieber Bild-Redakteur: Meinungsfreiheit nur für Bild & Co, für den Rest Knast und Pest?

Im Beitrag «Sie recherchierten zu Putins Söldnern: Drei russische Journalisten erschossen» – schon die Über-

schrift suggeriert: Hinter der Tat könnte der Kreml-Chef stecken – unterstellt das deutsche Boulevard-Blatt der amtlichen russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti, sie würde ‹behaupten›, dass die Reporter an einer Dokumentation über das Leben in der Republik Zentralafrika gearbeitet hätten.

Was ‹Bild› gerne verschweigt, ist, dass die ‹Behauptung› nicht von RIA Novosti stammt, sondern aus dem Lager des vom Westen umgarnten Putin-Kritikers Michail Chodorkowski.

Andrej Konjachin leitet das von Chodorkowski finanzierte ‹Zentrum für die Steuerung von Ermittlungen› und ist damit der Mann, der die drei Rechercheure in das Bürgerkriegsland geschickt hatte. In einem Interview mit RIA Novosti sagte Konjachin am Dienstag wortwörtlich: «Die drei Journalisten hätten eine ‹Dokumentation über das Leben in der Zentralafrikanischen Republik› gedreht.»

Widersprüchliche Angaben aus Chodorkowski-Lager

Damit widersprach Konjachin seinem Boss Chodorkowski. Der im Ausland lebende russische Ex-Oligarch und verurteilte Steuerbetrüger hatte einen Tag zuvor via Facebook mitgeteilt: Dschemal, Radtschenko und Rastorgujew hätten «gemeinsam mit meinem Projekt ‹Zentr Uprawlenija Rassledowanijami› (dt: ‹Zentrum für die Steuerung von Ermittlungen›) zum Thema ‹Russische Söldner› recherchiert».

Doch die Quelle interessiert die ‹Bild›-Redaktion offenbar nicht. Sie schreibt die Aussage schlichtweg RIA Novosti zu und erinnert, dass es sich um eine ‹staatliche› und deshalb natürlich ‹vom Kreml kontrollierte› Nachrichtenagentur handelt.

‹Heikles Thema›

Weiter wird behauptet, dass die «Aktivitäten der ‹Wagner›-Gruppe in Russland ein heikles Thema» seien. Aber schon eine kurze Recherche zeigt, dass russische Staatsmedien die private Militärfirma keinesfalls tabuisieren: Sputnik Deutschland etwa berichtete allein in diesem Jahr mehrfach über sie.

Auch bei der russischsprachigen Nachrichtenagentur RIA Novosti ergibt die Suche nach ‹ЧБК Вагнер› (russisch kurz für ‹private Militärfirma Wagner›) zahlreiche Treffer.

Aber Faktencheck ist offenbar nicht die Stärke der ‹Bild›-Zeitung.

Am Mittwoch bestätigte die russische Aussenamtssprecherin Maria Sacharowa erneut, dass russische Militärinstrukteure sich in Zentralafrika aufhielten. Über die Präsenz der Militärinstrukteure hatte das Aussenamt bereits im März informiert. «Ausländische Kamerateams haben die Arbeit der Instrukteure gefilmt», schrieb Sacharowa auf Facebook.

Das RIA-Nowosti-Interview mit Andrej Konjachin im Wortlaut (unten auch als Ton abrufbar):

RIA Novosti: Man sagt, es wurden vier Menschen getötet. Das vierte Opfer soll der Fahrer sein. War er auch von Ihnen?

Konjachin: Man spricht von vier Toten. Das wissen wir nicht. Der Fahrer war einheimisch.

RIA Novosti: Haben Sie sich an die UN-Mission gewandt?

Konjachin: Ja, das haben wir.

RIA Novosti: Waren die Vermissten als Journalisten akkreditiert?

Konjachin: Nein. Soweit ich weiss, waren sie nicht als Journalisten akkreditiert.

RIA Novosti: Was haben sie dort gefilmt?

Konjachin: Das Leben.

RIA Novosti: Das Leben?

Konjachin: Das Leben in der Zentralafrikanischen Republik.

RIA Novosti: Eine Dokumentation?

Konjachin: Eine Dokumentation. Sascha (Alexander) Rastorgujew war sehr prominent. Er hatte mehrmals am ‹International Film Festival Rotterdam› teilgenommen und war dort mit Preisen ausgezeichnet worden. Das war jetzt unser gemeinsames Projekt. Welche Miststücke es gestoppt haben, das weiss ich nicht, das ist mir schnuppe.

RIA Novosti: Sind sie zum ersten Mal dorthin gereist?

Konjachin: Wie meinen Sie das? Haben Sie eine Vorstellung davon, was Zentralafrika ist? Sie waren am Samstag dorthin geflogen. Sie waren zuerst in Bangui, fuhren dann nach ... ich weiss nicht mehr, wie der Ort heisst. Aber

wir sehen, wo sie getötet wurden ... Ich weiss nicht, wo das passiert ist. Denn ich habe nur eine vage Vorstellung davon, was die Zentralafrikanische Republik ist. Die französischen Medien wissen es besser.

RIA Novosti: Arbeiten Sie jetzt mit der französischen Botschaft zusammen?

Konjachin: Nein, wir arbeiten mit niemandem zusammen. Das ist unser Projekt, ein russisches Projekt.

RIA Novosti: Versuchen Sie, über die russische Botschaft in Paris an mehr Informationen zu kommen?

Konjachin: Nein. Warum? Wir haben es über (die russische Aussenamtssprecherin) Maria Sacharowa versucht.

RIA Novosti: Aber Ihre Stellvertreterin sagte, Sie liessen sich über die Botschaft in Paris informieren.

Konjachin: Nein. Aber ... doch, das kann sein ... wir rufen an. Jetzt gerade lenken Sie mich von wichtigen Dingen ab, von Dingen, die die Witwen angehen. Das wäre alles, entschuldigen Sie. Danke.

RIA Novosti: Danke auch.

Leo Stroganoff

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20180801321800997-zentralafrika-journalisten-tod-bild-zeitung/>

Wien: «Massenmigration ist die grösste Bedrohung»

15:46 27.07.2018(aktualisiert 16:12 27.07.2018); Willy Wimmer

Gegensätzlicher konnten die Nachrichten über die aktuelle Entwicklung nicht sein. In der Wiener Zeitung «heute» liess sich der neuernannte österreichische Generalstabschef General Robert Brieger zur Migrationsentwicklung mit den deutlichsten Worten ein. Für ihn sind mit der Migrationsentwicklung die grössten Gefahren für Österreich verbunden.

Da bedurfte es noch nicht einmal der jüngsten Meldungen aus der nordafrikanischen spanischen Besetzung «Ceuta» über den Massenansturm afrikanischer Migranten über den meterhohen Grenzzaun. Die spanische Polizei sprach vom bisher brutalsten Vorgehen der aus den Gebieten des südlichen Afrika stammenden Menschen gegen die marokkanische und die spanische Polizei, unter anderem mit selbstgebauten Flammenwerfern.

Zeitgleich erschien in einer deutschen Tageszeitung ein ausführliches Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, über die mit der Masseneinwanderung verbundenen, vornehmlich innenpolitischen Probleme. Nach der Lektüre des umfangreichen Textes blieb eine Frage offen. Was wurde mit diesem Interview eigentlich bezweckt?

Zwei Antworten drängten sich geradezu auf. Es wurde offenbar «Begleitschutz durch den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts für die Politik der Bundeskanzlerin und der jeweiligen Bundesregierungen seit 2014/2015, durch die unsere deutschen Staatsgrenzen geradezu schutzlos gestellt wurden, geflogen». Anders kann der Text des Interviews schon deshalb nicht gewertet werden, weil an ein und demselben Tag die Bewertungen der Migration nicht derart auseinanderfallen können, wie das in den Aussagen von Generalstabschef Brieger und Verfassungsgerichts-Präsident Voßkuhle zum Ausdruck gekommen ist.

Ein zweiter Eindruck ist beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts eigentlich unausweichlich. Das Problem für Deutschland ist in dieser Lage mit einem Namen versehen – es ist der «Verfassungsminister» Horst Seehofer. Unter keinen Umständen will Herr Präsident Voßkuhle dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern seine Aussagen über den «Unrechtsstaat» in Zusammenhang mit der von der Bundeskanzlerin Merkel zu verantwortenden Regierungs- und Parlamentspolitik seit dem ersten Wochenende im September 2015 durchgehen lassen. Bei der bisherigen Qualität der Verwaltung des Freistaates Bayern dürfte der Präsident in Karlsruhe davon ausgehen, dass die Wahl der Worte durch den bayerischen Ministerpräsidenten vorher auf das Sorgfältigste abgewogen worden war, bevor sie bis heute die Grundfesten unseres Staates erschütterten.

Jetzt ist es also Horst Seehofer. Dabei fallen zwei Aspekte in der Argumentation des Verfassungsgerichts-Präsidenten auf. Einer seiner engsten Ex-Kollegen am Bundesverfassungsgericht hatte für die bayerische Staatsregierung ein durchschlagendes Gutachten unter rechtlichen Gesichtspunkten zu der fraglichen Berliner Politik erstellt und war an Deutlichkeit nicht zu überbieten. Es wurde in der Presse von «offenem Rechtsbruch» berichtet, wenn es um die Politik der Regierung Merkel nach diesem Wochenende Anfang September ging. Besseren Rechtsrat kann man sich eigentlich in Deutschland nicht holen, sollte man meinen. Warum dann die Schelte gegen Horst Seehofer und nicht gegen den Ex-Kollegen? Oder liegen die Probleme im Bundesverfassungsgericht und einer «erklärten Politik der Willfähigkeit gegenüber Regierung und Nato» eigentlich tiefer?

Wer in der Nato-Aggressionspolitik seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien eigentlich erwartet haben würde, beim Verbot deutscher Beteiligung an Angriffskriegen nach 1949 eine feste Burg im Bundesverfassungsgericht und seiner Wächterrolle für die Verfassung zu sehen, der wurde nach 1999 bitterlich enttäuscht. Da musste etwas durchgezogen werden – und da spielte die Verfassung genauso wenig eine Rolle wie einschlägige Bestimmungen des Soldatengesetzes. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder konnte in aller Öffentlichkeit vor wenigen Jahren – persönlich durchaus ehrenwert – freimütig bekennen, dass er mit seinen Befehlen zum Angriff auf Belgrad das Völkerrecht gebrochen hatte. Folgen? Karlsruhe hüllt sich bis heute in Schweigen. Das war es aber nicht allein. Im Jahre 2007 verstieg sich das Bundesverfassungsgericht zu unglaublichen Begründungsvolten, als es wegen des Flugzeug-Einsatzes von ›Tornado-Aufklärern in Afghanistan‹ darum ging, welche rechtlichen Auswirkungen die mit Beschlüssen von 1999 versehene Änderung der Nato als Verteidigungsbündnis hin zu einer weltweit agierenden Aggressionsmaschine haben würde. Die völkerrechtliche Gültigkeit des Nato-Vertrages war an die erforderliche Zustimmung unter anderem des Deutschen Bundestages gebunden. Dieser hatte dem Nato-Vertrag aber nur als Verteidigungsbündnis zugestimmt und war bei der Änderung 1999 erst gar nicht gefragt worden.

Die Begründung des Bundesverfassungsgerichtes muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Wenn ein Vertragszweck wie ein Verteidigungsbündnis ins genaue Gegenteil, nämlich die Aggression, verkehrt wird, dann ist das im ursprünglichen Vertragszweck inkludiert. So viele Winkel kann eine Advokatur überhaupt nicht haben, wie sie im Tornado-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Ausdruck kommt. Es bleibt daher nicht aus, dass man sich landauf, landab fragt, was eigentlich die Aufgabe des Verfassungsgerichtes ist. Jeweils ›rechtlichen Begleitschutz‹ für die zu fliegen, die gerade an der Macht sind, und dabei die Verfassung möglichst weit hinter sich zu lassen?

Der Generalbundesanwalt liess sich dabei nicht lumpen. Das haben die international rechtlich zulässigen Versuche gezeigt, US-amerikanische Massenmorde bei Vorgehen gegen afghanische Hochzeitsgesellschaften vor deutsche Gerichte zu bringen. Unter Verweis auf die rechtstaatliche Ordnung in den USA wurde das glatt abgelehnt und in der Konsequenz ein internationaler Freibrief für mörderisches Vorgehen in Afghanistan ausgestellt. Jetzt geht der Präsident des Verfassungsgerichtes hin und verlangt mehr Respekt für die Gerichte. Ist das Hohn oder was sonst?

Es ist etwas Anderes in der Mache. Offenbar wird die derzeitige Politik in der Migration dazu benutzt, die besorgte Öffentlichkeit solange mundtot zu machen, bis unumkehrbare Umstände für die Substanzänderung Deutschlands geschaffen worden sind. Man hat die Worte der Bundeskanzlerin Merkel noch im Ohr von «denen, die schon länger hier sind und denen, die jetzt erst dazukommen», oder so ähnlich.

Wenn man sich fragt, was das soll, dann wird man beim ehemaligen Bundespräsidenten, Herrn Gauck, fündig. Unter dem Jubel einer stellvertretenden Stiftungsvorsitzenden über die neue deutsche Einwanderungsgesellschaft erklärte der ehemalige und auf die Verfassung eingeschworene Bundespräsident vor wenigen Wochen in Westfalen, dass es jetzt darum gehe, dort ein neues Staatsvolk zu schaffen, wo es bislang das deutsche Staatsvolk gab. Ordnet sich der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes heute dort ein? Sollte man sich in Karlsruhe nicht fragen, ob das zur Befriedung einer aufgewühlten See beitragen kann?

** Die Meinung des Autors muss nicht mit der der Redaktion übereinstimmen.*

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20180727321731180-brieger-migranten-gefahr/>

Die Spitze des Eisbergs: Ein Alkoholiker trifft Entscheidungen, die alle EU-Völker betreffen

von Noch.info · 31/07/2018

Die USA und die EU machen mehr als 50% des globalen BIP aus und haben die weltweit grösste bilaterale Handelsbeziehung mit einem jährlichen Austausch von 1,1 Billionen Dollar an Waren und Dienstleistungen; es gibt keine integrierte Wirtschaftsbeziehungen mehr auf der Erde. Ein Drittel des Welthandels entfällt auf die USA und die EU – die USA sind mit 18% aller Einfuhren die Nummer 1 der Menschheit, die EU mit 15% die Nummer 2.

Die Gesamtinvestitionen der USA in der EU sind um das Dreifache höher als ihre Investitionen in ganz Asien. Die Investitionen der EU in den USA sind 8 mal höher als ihre Investitionen in Indien und China zusammen. Die USA und die EU haben 880 Millionen Menschen (12% der Gesamtbevölkerung), \$180 Trillionen Reichtum (65% des globalen Reichtums) und besitzen fast das gesamte geistige (Anm. Bewusstseins-)Eigentum der Menschheit.

Sicher haben wir unsere Differenzen, aber der Himmel hilft den geteilten Nationen dieses Planeten, wenn wir diese beiseite legen und einen materiellen Vorteil haben.

«Herr Präsident, meine Damen und Herren, als ich vom Präsidenten ins Weisse Haus eingeladen wurde, hatte ich eine Absicht: Ich hatte die Absicht, heute einen Deal zu machen», verkündete Jean-Claude Juncker vor den klickenden Kameras und einem riesigen Medienwirbel. «Und wir haben heute eine Vereinbarung getroffen», fuhr der Präsident der Europäischen Kommission fort, der wie eine Schockwelle den Planeten umkreiste.

Sie sehen, in der zeitlosen Geschichte Europas hat noch nie ein einziger Politiker für den gesamten Kontinent einen echten Deal gemacht, wenn auch nicht aus Mangel an Anstrengung. Viele kämpften um die Macht eines vereinten Europas – die Römer, Karl der Grosse, der kleine Franzose mit dem Geschwür, Österreichs berühmtester Adolph. Juncker ist anders als alle anderen. Er ist ein Geschöpf der modernen Union Europas, ein Konzept, das aus völliger Erschöpfung und tiefer Schwäche entstanden ist.

Nach ein paar tausend Jahren Kampf hat sich der Kontinent aufgegeben und wurde eine touristische Attraktion für reiche Amerikaner und Chinesen, die von antiken Städten schwärmen und die alten Errungenschaften bewundern.

«Also hatten wir einen grossen Tag. Sehr gross. Wir trafen uns hier im Weissen Haus, um eine neue Phase in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union einzuleiten – eine Phase der engen Freundschaft, der starken Handelsbeziehungen, in der wir beide gewinnen werden, der besseren Zusammenarbeit für globale Sicherheit und Wohlstand und des gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus», sagte ein triumphierender Trump.

«Die Europäische Union wird es besser, stärker und grösser machen. Wir werden daher eng mit gleichgesinnten Partnern zusammenarbeiten, um die WTO zu reformieren und unlautere Handelspraktiken wie Diebstahl geistigen (Anm. Bewusstseins-)Eigentums, erzwungener Technologietransfer, Industriesubventionen, Verzerrungen durch staatliche Unternehmen und Überkapazitäten bekämpfen», so Präsident Trump weiter und beschrieb China, den einzigen Konkurrenten Amerikas, als die einzige verbliebene Weltmacht mit echtem Ehrgeiz.

Und so beginnt nun der eigentliche Wirtschaftskrieg, der Amerika und Europa verbündet.

«Now The Real Economic War Begins, With America And Europe Allied»

Quelle: Uncut News

Quelle: <https://noch.info/2018/07/die-spitze-des-eisbergs-ein-alkoholiker-trifft-entscheidungen-die-alle-eu-voelker-betreffen/>

Umfrage in Amerika: Jeder Dritte sieht Medien als «Feind des Volkes»

Sott.net; Do, 09 Aug 2018 16:50 UTC

Nachdem die Amerikaner seit Jahrzehnten die Leidtragenden einer der gerissensten und tiefsten Gehirnwäschen der Menschheitsgeschichte geworden sind, mit Hilfe des kräftigen Beistands der Mainstream-Medien, erkennt jetzt zumindest ein Drittel der US-Bevölkerung das Offensichtliche. Es war nicht zuletzt Trump, der diese Tatsache, die zuvor als «Verschwörungstheorie» verschmäht wurde, ins öffentliche Bewusstsein gerückt hat, als er begann, diese Medien zu Recht als Fake News zu bezeichnen.



Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten verliert zunehmend das Vertrauen in die Medien. Dies ergibt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos. Zugleich zeigte sich eine tiefe Spaltung entlang politischer Überzeugungen.

Obgleich die Umfrage ein zunehmendes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Presse zeigt, sind die Befragten in grundlegenden Fragen einmütig: Die grosse Mehrheit der Amerikaner, 85 Prozent, sind sich einig, dass die «Pressefreiheit für die amerikanische Demokratie unerlässlich ist». Zwei Drittel (68 Prozent) sind der

Meinung, dass «Reporter vor dem Druck der Regierung oder der Grossunternehmen geschützt werden sollten». Die seit einigen Jahren andauernde Diskussion über «Fake-News» hat jedoch auch in der US-amerikanischen Bevölkerung für ein Umdenken gesorgt. Besonders der Schlagabtausch zwischen Donald Trump und einschlägigen Fernsehsendern polarisierte. Ein Viertel der Amerikaner (26 Prozent) sagen, sie stimmten der These zu, dass «der Präsident die Autorität haben sollte, Nachrichtenagenturen zu schliessen, die ein schlechtes Verhalten an den Tag legen», einschliesslich einer Vielzahl von Republikanern (43 Prozent). Ebenso denken die meisten Amerikaner (72 Prozent), dass es einfacher sein sollte, Reporter zu verklagen, die «wissentlich falsche Informationen veröffentlichen».

~ RT Deutsch

Quelle: <https://de.sott.net/article/32803-Umfrage-in-Amerika-Jeder-Dritte-sieht-Medien-als-Feind-des-Volkes>

Nato-Prinzipien: Unterschied zwischen Theorie und Realität

von Noch.info; 12/08/2018; Ein Gastartikel von Frau Ayla

Bei jedem Nato-Gipfel werden die Grundprinzipien des Bündnisses wie ein Mantra wiederholt. «Wir streben immer nach Frieden, Sicherheit und Stabilität im ganzen nordatlantischen Gebiet. Wir gewährleisten die Freiheit der Person, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir bekräftigen unsere Verpflichtungen zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinigten Nationen.»

Obwohl Generalsekretär Jens Stoltenberg nicht müde wird, diese Leitlinien regelmässig zu erwähnen, fallen sie jedoch in die Kategorie Wunschdenken, da sie mit der Wirklichkeit offensichtlich nichts am Hut haben. Gegen die Nato und ihre treibende Kraft, die USA, erheben hin und wieder sowohl Chefs der internationalen Organisationen als auch Staatsoberhäupter schwere Anschuldigungen. Innerhalb der letzten Wochen wurden der NATO die folgenden Verbrechen vorgeworfen:

Amnesty International gibt den westlichen Staaten Schuld am Tod von Hunderten Zivilisten bei Angriffen auf die nordsyrische Stadt Rakka. Nach Angaben der syrischen Nachrichtenagentur SANA soll die internationale Koalition Zivilisten auch nahe dem Ort Albu Kemal im Osten des Landes bombardiert haben.

Der libysche Umwelt- und Kernenergieausschuss beschuldigte die Nato des Einsatzes von Uranmunition bei ihren Angriffen 2011.

Eines der Nato-Mitglieder, die USA, soll sich ins politische Leben Nicaraguas einmischen, so Staatschef Daniel Ortega. Die Versuche, die gesetzmässige Regierung zu stürzen, sollen auch bis heute weitergehen.

Der bolivianische Präsident Evo Morales bezichtigt die USA und ihre Alliierten, den Grundstein für eine Invasion in Venezuela zu legen und bei den lateinamerikanischen Staats- und Regierungschefs nach Unterstützung zu suchen.

Der nordkoreanische Aussenminister warf den USA vor, die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu verschärfen. Sein iranischer Kollege steht auf dem Standpunkt, dass die Präsenz der US-Truppen in Syrien von Beginn an illegitim war.

Neben den aktuellsten Anschuldigungen gibt es eine Menge der schon aufgedeckten Verbrechen der NATO-Mitglieder. Darunter ist der völkerrechtswidrige Krieg gegen das ehemalige Jugoslawien, wo verbotene Kassettenbomben und Uranmunition eingesetzt wurden. Auch im Irak wurde 2003 der von den UN verbotene weisse Phosphor als Brandwaffe benutzt. Während des Krieges in Afghanistan 2001 wurden Kriegsgefangene von den Nato-Alliierten grausamer Behandlung und Folterung ausgesetzt.



Wie schön die Nato-Prinzipien auch klingen mögen, handelt das Bündnis tatsächlich nach dem Recht des Stärkeren. Der versprochene Schutz von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten funktioniert sehr selektiv

und erstreckt sich leider nur auf die USA, ihresgleichen und Länder, die sicher nicht zurückschlagen können. In allen anderen Ländern lässt die Nato früher oder später Waffen sprechen.

Quelle: <https://noch.info/2018/08/nato-prinzipien-unterschied-zwischen-theorie-und-realitaet/>

Dank Russland: «1,7 Millionen Syrer in 9 Ländern wollen zurück in die Heimat»

Sott.net; So, 12 Aug 2018 06:58 UTC

Das russische Zentrum für Aufnahme, Verteilung und Unterbringung beim russischen Verteidigungsministerium hat die Zahl syrischer Flüchtlinge in 9 Ländern veröffentlicht. Sie äusserten den Wunsch, wieder in die Heimat zurückzukehren, nachdem das Land vor allem von der russischen Armee von den US-gesponserten Terroristen befreit wurde.



© Sputnik

Syrische Flüchtlingskinder in einem Zeltcamp in der Bekaa-Ebene im Libanon am 11. August 2018.

Mehr als 1,7 Millionen Syrer hätten den Wunsch geäußert, aus neun Gastländern in ihre Heimat zurückzukehren. Die meisten Heimkehrwilligen hielten sich jetzt im Libanon, in der Türkei und in Deutschland auf, teilte das russische Zentrum für Aufnahme, Verteilung und Unterbringung beim russischen Verteidigungsministerium mit.

~ RT Deutsch

Unter den neun Ländern belegt Deutschland Platz 3 mit fast 175 000 Flüchtlingen, die wieder nach Hause wollen: «Schätzungsweise 1 712 234 Syrer haben den Wunsch geäußert, aus neun Ländern der Welt in ihre Heimat zurückzukehren. (889 031 von ihnen leben im Libanon, 297 342 in der Türkei, 174 897 in Deutschland, 149 268 in Jordanien, 101 233 im Irak, 99 834 in Ägypten, 412 in Dänemark, 149 in Brasilien und 68 in Österreich)», heisst es.

~ RT Deutsch

Indes geht die Räumung von Landminen und anderen explosiven Stoffen auf Hochtouren weiter, um die Rückkehr der Menschen in ihre Heimat sicher zu gestalten.

Wie aus dem Zentrum weiter verlautete, sind seit Freitag 142 Flüchtlinge vom Libanon über die Kontrollstellen Jeydet Yabus und al-Dabusiya nach Syrien zurückgekehrt. Innerhalb der syrischen Grenzen sind an einem Tag insgesamt 288 Menschen wieder in ihre Häuser eingezogen.

Nach Angaben des Zentrums sind die ingenieurtechnischen Einheiten der Syrisch-Arabischen Armee in der Provinz Homs weiterhin mit Minenräumen beschäftigt. Seit Freitag seien dort fünf Hektar Fläche, zehn Gebäude und ein halber Kilometer Strasse von Sprengminen gesäubert worden. «Es wurden 45 explosive Gegenstände, darunter 21 selbstgefertigte Sprengvorrichtungen, ermittelt und vernichtet», wurde hinzugefügt.

~ RT Deutsch



Quelle: <https://de.sott.net/article/32811-Dank-Russland-1-7-Millionen-Syrer-in-9-Landern-wollen-zuruck-in-die-Heimat>

USA ‹haben Angst› vor Deutschlands Zusammenarbeit mit Russland – Wagenknecht

08:15; 13.08.2018 (aktualisiert 09:00, 13.08.2018)



CC BY 2.0 / DIE LINKE / Sahra Wagenknecht – Rede auf dem Bundesparteitag

Die Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht hat in einem Gespräch mit der ‹Frankfurter Allgemeinen› die Position der USA gegenüber den deutsch-russischen Beziehungen kommentiert.

Die USA stellen das Bündnis mit Deutschland in Frage, meint die Politikerin. «Sie verfolgen seit Jahren ihre eigenen Interessen, seit (US-Präsidenten Donald – Anm. d. Red.) Trump in aggressiver Weise», zitiert die Zeitung die Fraktionsvorsitzende. Wagenknecht zufolge widersprechen die Interessen der USA den europäischen ‹in elementaren Fragen›, nicht nur im Wirtschaftsbereich.

«Die Vereinigten Staaten haben mit ihren Rohstoffkriegen den Nahen Osten destabilisiert und setzen das jetzt im Iran fort. Die Konsequenzen treffen vor allem Europa. Wir sollten uns nicht einer Politik unterordnen, die unseren Interessen widerspricht.»

Ein ‹stabiler Naher Osten› läge im Interesse Europas, ebenso eine ‹gute Zusammenarbeit mit Russland›. «Die Vereinigten Staaten hatten immer Angst davor, dass russische Rohstoffe und deutsche Technologie zusammenkommen – aus gutem Grund.»

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation in der Ukraine angespannt, wo es Anfang 2014 zu einem Staatsstreich gekommen war – und wegen der Wiedervereinigung Russlands mit der Krim nach einem entsprechenden Referendum auf der Halbinsel, die bis dahin Teil der Ukraine gewesen war.

Der Westen warf Moskau Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten der Ukraine vor und verhängte Sanktionen. Moskau ergriff Gegenmassnahmen und betonte, dass es kontraproduktiv sei, mit ihm in der Sprache von Sanktionen zu sprechen. Zudem verwies Russland immer wieder darauf, dass es weder zu den Seiten des innenpolitischen Konflikts in der Ukraine gehöre noch Subjekt der Minsker Vereinbarungen zur Konfliktregelung im Donbass sei, und dass die Krim-Frage als gelöst zu betrachten sei.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20180813321929299-usa-deutschland-russland-wagenknecht/>

Müller mault: Über die fehlende Härte beim Grenzschutz

19. August 2018 Migration, Müller mault...

In den letzten Wochen und Monaten muss man immer wieder lesen und sehen, dass wieder mal eine spanische Grenzklave gewaltsam gestürmt wurde oder ganze Bootsladungen von Schwarzafrikanern an Badestränden anlanden, um sich dann wie ein Clownsauto zu entleeren.

Was sind Grenzen noch wert?

Daran ärgert mich die ausbleibende Empörung am meisten. Es gibt im Jahr 2018 keinen Aufschrei mehr, wenn fremde Menschen zu Hunderten und Tausenden mit Gewalt in unsere Länder eindringen. Bereits 2016 gab es gekünstelte (oder noch schlimmer vielleicht sogar echte) Empörung, weil die gewesene Parteivorsitzende der AFD, Frauke Petry, den Waffeneinsatz an der Grenze als ‹Ultima Ratio› bezeichnete. Also zu Deutsch als ‹letztmögliches Mittel›. Ja, was denn sonst?! Wochenlang trieb man sie und ihre Parteikollegin Beatrix von Storch durch die Medien. «Die AFD möchte auf Frauen und Kinder schiessen lassen», hiess es. Ganz abgesehen davon, dass sich der Anteil an Frauen und Kindern sehr in Grenzen hielt, muss man sich deutlich fragen: Was sonst das letztmögliche Mittel zum Schutz der Grenzen eines souveränen Staates wäre? Eine strenge Aufforderung? Ein Kuss? Oder gar der erhobene Zeigefinger?

Gewaltandrohung als letztes Mittel

Man muss sich schon darüber klar sein, dass jedes Gesetz mit der unausgesprochenen Drohung versehen ist, dass am Ende jemand mit der Waffe steht und Sie (als hier geborenen Staatsbürger wohlgermerkt) dazu zwingt, zu gehorchen. Wenn Sie als deutscher Staatsbürger Ihre GEZ-Gebühren nicht bezahlen und sich beharrlich weigern, auch die dafür aufgebrummt Strafen zu entrichten, dann wird man Sie verhaften und einsperren. Und wenn Sie sich weigern und widersetzen sollten, dann werden die Beamten irgendwann ihre Waffen ziehen und sie gegen Sie richten. Natürlich nur wenn alle anderen Massnahmen wirkungslos bleiben. Als letztmögliches Mittel.

Staatlicher Zwang und damit einhergehend Schusswaffeneinsatz sind also sehr wohl möglich, wenn es um die eigenen Staatsbürger geht. Die sind ja ohnehin zum Gehorsam erzogen ... Aber gegen staatsfremde Personen, die möglicherweise schwer kriminell sind oder mit dem Vorsatz kommen, die Sozialsysteme auszunutzen – da soll es dann auf einmal nicht möglich sein? Ja, sogar verwerflich sein? Dass ich nicht lache!

Weltmeister im Tolerantsein

Dieser Unwille zum Eigenschutz ist allgemein unser Verhängnis. Terroristen, primitive Gewaltverbrecher, religionsgestörte Fanatiker und gewaltbereite Einwanderer wissen nämlich sehr genau darüber Bescheid, dass der deutsche Michel nicht dazu bereit ist, jedes Nötige und ihm mögliche Mittel zu ergreifen, um sich selbst, seine Lieben und sein Eigentum zu schützen. Man weiss sehr genau, dass wir in Deutschland und Österreich, entgegen dem was oft über uns behauptet wird, sehr tolerant im eigentlichen Wortsinn sind. Tolerant heisst auf deutsch nämlich soviel wie «erdulden/erleiden».

Es wird Zeit für Gerechtigkeit

Und so kommt es wie es kommen muss. Arabische Clans regieren mittlerweile Teile von deutschen Grosstädten, weil sie wissen, dass sich der deutsche Staat niemals trauen wird, ihnen mit der nötigen Konsequenz und Härte zu begegnen. Kulturfremde Bereicherer fallen über junge Frauen her, weil sie genau wissen, dass man ihnen eher einen Psychiater und eine Wohnung bezahlt, als sie angemessen zu bestrafen. Derweil stürmen weitere tausende Migranten über unsere Grenzen, weil sie genau wissen, dass europäische Staaten sie nicht mit der angebrachten Gewalt aufhalten werden.

Wenn Sie also das nächste Mal sehen wie eine Grenze, die die (europäische) Zivilisation vom Rest der Welt trennt, gestürmt wird, dann empören Sie sich gefälligst! Das ist auch Ihre Grenze.

Passen Sie auf Ihren Kopf auf!

Müller

Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2018/08/19/mueller-mault-fehlende-haerte-bei-grenzschutz/>

Macron lässt Panzer rollen – und setzt Dämonen frei

© AFP 2018 / Zakaria Abdelkafi; (aktualisiert 18:58 19.08.2018) Willy Wimmer*

Im November 2018 lässt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron es in Paris so richtig krachen.

Die Absichten kommen vor der Zeit an das berühmte Tageslicht. In den deutschen Einpeitsch-Medien stehen die Hinweise dann, wenn man sich am amerikanischen Präsidenten Donald Trump wieder einmal abarbeitet. Anlass ist diesmal der Verzicht des amerikanischen Präsidenten auf die von ihm gewünschte Militärparade in Washington. Die Kosten seien zu hoch und was ihm sonst noch nicht passte.

Für die deutschen Medien und nicht nur für die ist der amerikanische Präsident ein Geschenk des Himmels. Alles das, was man seit Jahrzehnten amerikanischen Präsidenten ins Stammbuch schreiben wollte, sich aber nicht so recht getraut hatte, kann man bei ihm anbringen. Eigentlich ist das ein blankes Wunder, denn Präsident Trump hat bislang nicht der Neigung amerikanischer Präsidenten der Namen Bill Clinton, George W. Bush oder Barack Obama entsprochen und hat kurz nach Amtsantritt seinen «Präsidenten-Krieg» vom Zaun gebrochen. Nein, Präsident Trump randaliert zwar gehörig auf dem Globus herum. Aber eigentlich geht die grösste Gefahr in den Augen vieler, auch in Westeuropa, davon bei ihm aus, dass er sich verständigen könnte. Mit dem russischen Präsidenten Putin zum Beispiel. Dann würden ganze Lebenslügen in sich zusammenbrechen, wie die in den baltischen Staaten so gerne ausgesprochene und relativ durchsichtige Lebenslüge von der «russischen Gefahr». Dieses Mantra ist zu offensichtlich daran geknüpft, sich mit den Problemen, die der Zerfall der Sowjetunion bedingt hatte, menschenfreundlich auseinanderzusetzen. Die Menschen, um die es geht, sind nicht unter Bruch bestehender Gesetze über Grenzen eingesickert. Sie lebten dort, als ihr Land verschwand.

Aber Präsident Trump kann es niemandem recht machen. Das ist deshalb so verwunderlich, weil bei den Kriegstreiber-Präsidenten der Vergangenheit in den USA der deutschen Presse keine sprichwörtliche «Körperöffnung» zu schmal war, als dass sie es nicht versucht haben würde, sich dennoch hineinzuzwängen, um es sich bei amerikanischem Kanonendonner so richtig kommod zu machen. Das bekommt niemand auf die Reihe und das soll es wohl auch nicht. Aber dem amerikanischen Präsidenten kann man einen Rat geben, wenn er sich eine Militärparade ansehen will, die diesen Namen auch verdient.

Eigentlich sind die Wochen um den 1. September eines jeden Jahres wenig geeignet, auf militärische Grossereignisse – und das sind Paraden nun einmal – aufmerksam zu machen. Das könnte im friedensbetonten Westeuropa als «Verherrlichung bestimmter Dinge» im Umfeld des Gedenkens an den Beginn des Zweiten Weltkrieges gedeutet werden.

Jetzt ist das offensichtlich anders, denn man scheut sich nicht, die Meldungen über die versagte Militärparade in Washington mit dem Hinweis auf ein Pariser Grossereignis im November dieses Jahres zu verbinden. Man wird ohnehin in NATO-Ländern schief angesehen, wenn man es nicht so mit den aus Gewohnheit vom Zaun gebrochenen westlichen Kriegen hat. Aber Paris hat es im November 2018 in sich. Mit allergrösstem Aufwand wird eine Militärparade auf der Pariser Prachtstrasse Champs Elysées stattfinden, um an das Ende des Ersten Weltkrieges zu erinnern.

Dabei war der französische Präsident Emmanuel Macron schon im letzten Jahr unangenehm aufgefallen, als er den Besuch seines amerikanischen Präsidenten-Kollegen Donald Trump ausdrücklich in den Zusammenhang mit dem damaligen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das kaiserliche Deutsche Reich setzte. Mit grossem Pomp wurde das Grabmal dessen aufgesucht, der lange Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges in enger Abstimmung mit englischen Schattenmännern alles unternommen hatte, den Ausbruch eines weiteren europäischen Krieges zu orchestrieren: Marschall Foch.

Jetzt soll nicht nur ein amerikanischer Präsident den Hauch der Geschichte an seinen Schultern spüren. Die ganze Welt soll es mitbekommen, dass die Mittelmächte Deutschland und das damalige Österreich-Ungarn im Staube lagen. Mit Versailles ist es ihnen dabei noch gelungen, gleich die Ursache für den Zweiten Weltkrieg mitzuliefern.

Man muss sich heute fragen, was den Verantwortlichen in Paris durch den Kopf gegangen ist? Vielleicht die klare Bekundung dessen, dass man im Bemühen erfolgreich gewesen ist, zwei Nachbarländern Krieg aufzuzwingen?

Man muss nur kurz die Augen schliessen und sich fragen, ob Charles de Gaulle oder François Mitterrand Derartiges eingefallen sein könnte?

War es doch gerade Charles de Gaulle, der als Sieger im Zweiten Weltkrieg die Macht der Bilder auf dem militärischen Feld sehr wohl verstand. Gerade deshalb nahmen er und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer im Juli 1962, unweit der alten Krönungsstadt Reims auf dem Truppenübungsplatz Mourmelon eine grosse französisch-deutsche Feldparade ab. Das war die Geste dem Gegner von gestern gegenüber und es war eine gewaltige Geste.

François Mitterrand hatte es nicht mit der deutschen Wiedervereinigung und suchte im Spätherbst 1989 das marode DDR-System zu stabilisieren, als niemand mehr einen Pfliff darauf setzte. Aber es waren bis zu seinem Tode seine Worte, die an die Verantwortung beider Staaten, Frankreich und Deutschland, für die Zukunft des gesamten Kontinentes gemahnten. Will Präsident Macron dem mit quietschenden Panzerketten aus Anlass dieses historischen Ereignisses gerecht werden? Christopher Clark hat es aus Anlass des Gedenkens an den Beginn dieses Krieges deutlich gemacht, wie wenig den Mittelmächten die Verantwortung für den Ersten Weltkrieg zugeschoben werden kann, ohne allerdings ein Wort über die Verantwortung der angelsächsischen Strippenzieher zu verlieren. Noch 1916 wurde der russische Priester Rasputin von einem Geheimagenten seiner Majestät erschossen, weil er sich für einen Frieden mit den Mittelmächten einsetzte. Russland musste im Interesse von England und Frankreich unbedingt im Krieg gegen Österreich-Ungarn und Deutschland gehalten werden. Wie in diesen Tagen die russische Regierung deutlich machte, war auch die spätere Invasion Russlands über Wladivostok und unter Führung der Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang zu sehen.

Wir alle haben die Pflicht, uns der Geschichte zu stellen. Die britische BBC hat vor Jahr und Tag fast mustergültig unter Beweis gestellt, auf welchem Weg das möglich ist. Zwei Wissenschaftler übernahmen die Darstellung des kaiserlichen Deutschlands und zwei die des Commonwealth. Das Ergebnis war überdeutlich. Die friedensbezogene Macht in Europa war, im Gegensatz auch zu Grossbritannien und Frankreich, das kaiserliche Deutschland. Ökonomisch und sozial war es ohnehin führend auf dem Globus.

Diejenigen, die in der Sendung über mehrere Stunden dagegen hielten, konnten – ausser flachen Argumenten im Stil des heutigen NATO-Generalsekretariats – nichts dagegen setzen. Darauf zu hoffen, dass in den deutschen öffentlich-rechtlichen Medien eine vergleichbare Sendung möglich sein könnte, heisst allerdings, jede Hoffnung aufzugeben. Vielleicht liegt es auch daran, dass es in England faire Historiker gibt. Im Plenum des Deutschen Bundestages wird dazu ›Deutschlands weiter Weg nach Westen‹ abgefeiert. Es hat sich wohl eher um eine ›Verschleppung‹ eines prosperierenden und vergleichsweise demokratischen Gemeinwesens gehandelt. Dafür rollen in Paris im November 2018 die Panzer. Macron setzt Dämonen frei.

* Die Meinung des Autors muss nicht mit der der Redaktion übereinstimmen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20180819322013529-macron-militarist-kritik/>

Staatsfernsehen: Wie sich die Öffentlich Rechtlichen die Migrantenkriminalität schönreden

By Redaktion on 19. August 2018



Kai Gniffke ist Chefredakteur der ›Tagesschau‹ und weiss, was die deutsche Öffentlichkeit zu interessieren hat und was nicht. Im jüngsten Mordfall an einem Arzt in Offenburg, war es für die ARD wiederholt nur ein ›Einzelfall‹ eines Asylbewerbes, in diesem Falle aus Somalia.

«Man könne nicht über jeden Mordfall berichten.» (Kai Gniffke, Chefredakteur vom Zwangsbezahlender ARD) Es stelle sich die Frage, «ob wir darüber berichten sollten, wenn es sich beim Tatverdächtigen um einen Asylbewerber handelt». Dies wäre nach Gniffkes Meinung erst erforderlich, «wenn Asylbewerber überproportional an Tötungsdelikten beteiligt wären. Das ist, soweit wir es recherchieren können, nicht der Fall». Daher habe man sich gegen die Berichterstattung entschieden.

Dass Politiker der Grünen und der SPD von Migranten und Asylanten nicht genug bekommen können, ist wahrlich kein Geheimnis. Neu ist, dass die exorbitanten und schweren Gewaltdelikte – fast ausnahmslos von muslimischen Migranten begangen – neuerdings den einen oder anderen Grünen die Situation in Deutschland neu hinterfragen lässt. So kritisiert Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) die ausbleibende Berichterstattung der ›Tagesschau‹ über den Mord an einem Arzt in Offenburg scharf.

Es sei nicht irgendein Mord gewesen, schreibt Palmer auf seinem Facebook Account.

«Wenn ein Mensch, der im Beruf anderen Menschen hilft, ohne erkennbaren Grund mit dem Messer erstochen wird, dann ist das kein gewöhnlicher Raubmord, sondern ein Fall von besonderer Abscheulichkeit.»

Die Tagesschau weiss mehr: «Nicht überproportional an Tötungsdelikten beteiligt»

«Auf den ersten Blick in die Kriminalstatistik ist die Bilanz erschreckend: «Wurden vor fünf Jahren nur 1,8 Prozent der Sexualdelikte von sogenannten Zuwanderern begangen, sind es heute 9,1 Prozent. Konzentriert man sich auf Fälle von Vergewaltigung und schwerer sexueller Nötigung, stellen Zuwanderer 14,9 Prozent der Tatverdächtigen. Damit sind Asylbewerber und Flüchtlinge als Täter, bei aller Unschärfe der für die Statistik gewählten Kategorie ›Zuwanderer‹, deutlich überrepräsentiert», schrieb die FAZ bereits vor gut einem Jahr.

›Kriminalität auf niedrigstem Stand seit 25 Jahren‹, oder auch ›Geringste Zahl von Straftaten‹, so verkündeten die Behörden im Frühjahr 2017 die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Natürlich sei demnach auch in der Stadt Leipzig die Zahl der Straftaten 2017 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als zehn Prozent auf 79 383 Fälle gesunken. Trotz Massenmigration: «Deutschland ist sicherer geworden», so die Durchhalteparolen von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bei seiner Vorstellung der aktuellen Kriminalstatistik (PKS) für 2017 letzte Woche in Berlin.

Nordafrikaner an 43 Prozent der Straftaten von Zuwanderern beteiligt

Nominal gesehen kamen die meisten Straftäter und Tatverdächtigen im ersten Halbjahr 2017 aus Syrien (21 848), Afghanistan (11 998), Marokko (9973), dem Irak (8904) und Algerien (8759). Betrachtet man die Zahlen im Verhältnis zur Menge an Zuwanderern, verschiebe sich das Bild zugunsten der Migrationsbefürworter. Insgesamt kamen 62 Prozent der Zuwanderer aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, ihr Anteil an den Tatverdächtigen liege, laut Statistik (PKS) «nur» bei 38 Prozent. 2,4 Prozent der Zuwanderer sind Tunesier, Marokkaner und Algerier, ihr Anteil an den Tatverdächtigen liegt aber bei 19 Prozent. Besonders häufig sind dabei Diebstahl- und Vermögensdelikte. Tötungsdelikte, die Migranten begehen, werden von der polizeilichen Kriminalstatistik nicht gesondert erfasst. Das liege auch daran, dass anerkannte «Flüchtlinge», die in Deutschland schon Asyl nach dem Grundgesetz oder Flüchtlingsschutz gemäss der Genfer Konventionen erhalten haben, **im BKA-Bericht nicht berücksichtigt werden.**

Sinkende Straftaten: «Das trifft so nicht zu», protestiert Michael Wolting, Präsident des Leipziger Amtsgerichtes und weiss aus der Praxis zu berichten: Seinen Erfahrungen nach spiegelt diese Statistik alles andere als die tatsächliche Lage wider. «Von der Statistik auf weniger Kriminalität und somit mehr Sicherheit zu schliessen, ist ein Trugschluss», so der Amtsgerichtspräsident. Er weiss es besser: «Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist schlechter als je zuvor.»

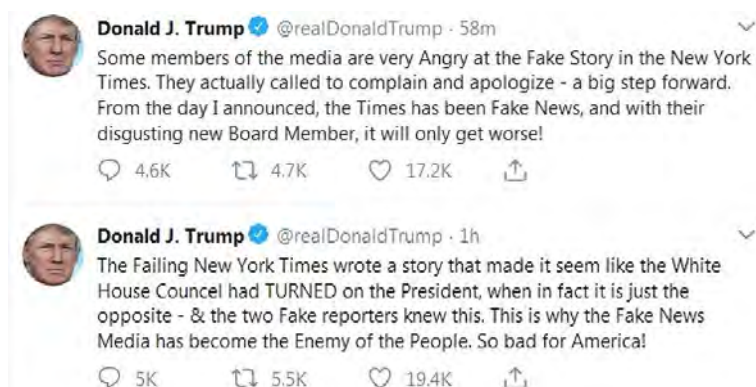
«Viele Frauen würden nicht mehr Bahn oder Bus fahren, sich nicht über den Hauptbahnhofvorplatz trauen.» (Amtsgerichtspräsident Wolting, Leipzig)

Der Jurist (57) ist seit 2009 Präsident des grössten Amtsgerichtes in Sachsen (500 Mitarbeiter) und beanstandet die schöne Statistik, in der etliche Faktoren eine Rolle spielen. Ein elementarer Faktor – den Verantwortliche aus Politik und Behörden der Öffentlichkeit nicht mitteilen wollen – ist hier zum Beispiel: Die Regeln zur Führung der PKS hat das Bundeskriminalamt «in den letzten zehn Jahren 245 Mal geändert», erklärt Wolting. Fachleute der Polizei sprechen die PKS bereits aus dem alleinigen Grund eines ungeeigneten Vergleiches von Jahreswerten ab, berichtet SKB News.

Dass Asylbewerber bei schweren Gewalttaten überrepräsentiert seien, könne mittlerweile als gesichert angesehen werden. «Bei Mord und Totschlag sind rund 40 Prozent der Tatverdächtigen nicht deutsch», so der Grünen-Politiker. Gleichzeitig würden die Angriffe mit Messern zunehmen, wofür «Asylbewerber wesentlich verantwortlich sind».

Nach dem feigen Mordanschlag auf den Offenbacher Arzt hatten sich am Samstag Hunderte Demonstranten in Offenburg versammelt. Die Alternative für Deutschland (AfD) hatte zu einer Mahnwache aufgerufen. Auch der Protestzug gegen die allgegenwärtige Migrantenkriminalität war den ARD-Informationsmaglern der Regierung keine Meldung wert.

Wo bleibt der deutsche Bundespräsident, der die Lügenpresse rügt? Wo verstecken sich all die seriösen Journalisten der Tageszeitungen? Medien sind nicht nur Unternehmen, die sich an einer Gewinnmaximierung orientieren, sondern sie haben **den politischen Auftrag, die Öffentlichkeit zu informieren, gesellschaftliche Entwicklungen transparent zu machen und zur Meinungsbildung beizutragen.** Dieses sollen die Journalisten gewährleisten, indem sie die Bürger über politische Entwicklungen und Programme **wahrheitsgetreu informieren** und sie so befähigen, für die Öffentlichkeit relevante Entscheidungen – **vor allem durch die Wahl politischer Vertreter** – zu treffen.



Der US Präsident nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn es darum geht, die Lügen- und Desinformationspresse blosszustellen.

Quelle: <https://schluesselkindblog.com/2018/08/19/staatsfernsehen-wie-sich-die-oeffentlich-rechtlichen-die-migrantenkriminalitaet-schoenreden/>

Merkel-Desaster: Staatsrechtler Rupert Scholz fordert Änderung des Asylgesetzes

By Gaby Kraal on 20. August 2018



Rupert Scholz ist Staats- und Verfassungsrechtler und war als CDU-Politiker von 1988 bis 1989 Bundesverteidigungsminister.

Foto: Imago

Die von der Bundesregierung 2015 geöffneten Grenzen mit Hinweis auf das Asylrecht waren verfassungswidrig. Das haben nicht nur die Deutschen so verstanden, das haben diverse Staats- und Verfassungsrechtler auch juristisch eindeutig darlegen können. Eigentlich hatten sich die Fachleute im Sorge um den Rechtsstaat die Klinke in die Hand gegeben, aber zuhören wollte ihnen keiner. Nicht zu Unrecht fragen sich die Menschen, ob die Politik in Deutschland über dem Gesetz steht. Auch der ehemalige Verteidigungsminister und Staatsrechtler Rupert Scholz (CDU) ist entsetzt und fordert jetzt eine Änderung des Asylrechts und Zurückweisungen an den deutschen Grenzen.

Herr Professor Scholz, Sie fordern eine Verfassungsänderung beim Asylrecht. Warum?

Rupert Scholz: «Das deutsche Asylrecht ist in der Krise. Laut Grundgesetz haben Personen, die aus einem sicheren Drittstaat kommen, überhaupt keinen Anspruch auf ein Asylverfahren in Deutschland. Was im Herbst 2015 geschehen ist, war verfassungswidrig. Seitdem sind 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen. Jeden Monat kommen im Schnitt 10 000 hinzu.»

Kommen die Gerichte hinterher?

Scholz: «Unsere Verwaltungsgerichte stehen vor dem Kollaps. Schon heute sind bis zu 400 000 Verfahren anhängig. Um die abzuarbeiten, braucht es zehn Jahre. So geht es nicht weiter. Das ist nicht zu bewältigen, auch nicht mit Blick auf den Sozialstaat und die Integration.»

Was schlagen Sie vor?

Scholz: «Wer heute in Deutschland einen Asylantrag stellt und abgewiesen wird, klagt in der Regel sofort. Die Prozesse ziehen sich über Jahre hin. Hinterher steht man vor der Frage, ob man jemanden nach so langer Zeit noch abschieben kann. Deshalb sollten wir das Asylrecht von einem subjektiv einklagbaren Recht in ein objektiv-rechtliches umwandeln – «nach Massgabe der Gesetze». So wie es auch die meisten EU-Staaten handhaben.»

Was heisst das?

Scholz: «Jeder einzelne Fall würde weiterhin geprüft. Aber der Gesetzgeber hätte mehr Möglichkeiten der Beschränkung und zur Ausgestaltung des Verfahrens. So wie die Niederländer. Die haben ein kurzes konzentriertes Beschwerdeverfahren ohne Gerichtsverfahren. Die Fälle sind in wenigen Wochen entschieden. Dann kann man direkt in die Abschiebung gehen.»

Könnte man damit auch Gefährdern wie Sami A. beikommen?

Scholz: «Der Fall Sami A. ist ein Desaster für das Vertrauen in unseren Rechtsstaat, der die Sicherheit der Bürger garantieren soll. Tatsächlich könnte man etwas tun. In ein Asylrecht «nach Massgabe der Gesetze» könnte man zum Beispiel reinschreiben: Wer eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt, wird sofort abgeschoben. Die Franzosen machen das so.»

Die Franzosen weisen auch an ihren Grenzen zurück. Warum sagen so viele Juristen, dass das an deutschen Grenzen nicht geht?

Scholz: «Es würde auch an den deutschen Grenzen gehen. Deshalb habe ich den Streit zwischen Herrn Seehofer und Frau Merkel nicht verstanden. Natürlich haben wir das Recht, jeden zu kontrollieren und zu prüfen, ob er ein Einreiserecht hat. Und wenn jemand aus einem sicheren Drittstaat kommt und Asyl begehrt, kann er sofort

zurückgeschickt werden. Das ist eindeutige Rechtslage. Andere EU-Staaten machen das so. Die Dänen schicken jeden zurück, der aus Deutschland kommt. Auch die Schweden weisen inzwischen zurück.»

Das Interview mit Prof. Ruprecht Scholz führte Ulrike Ruppel für die Springer Presse

Staatsrechtler Prof. Rupert Scholz fordert für das Asylrecht eine Änderung des Grundgesetzes. Wir fragen uns, was eine Änderung bewirken kann, wenn Grundgesetz und Gesetzeslage von der Bundesregierung ignoriert werden? Der Fisch stinkt immer vom Kopf her, lautet ein altes deutsches Sprichwort. Der Rechtsstaat kann nur wahrgenommen werden, wenn ihn die, die ihn eigentlich schützen sollen, auch respektieren. Nicht der Terrorist Sami A., der jetzt von politisch motivierten Richtern zum Schaden für die Öffentliche Sicherheit Deutschlands zurückgeholt werden soll, ist das Desaster von dem Scholz spricht. Das deutsche Desaster sitzt im Bundeskanzleramt und zerstört das Land.

Quelle: <https://schluesselkindblog.com/2018/08/20/merkel-desaster-staatsrechtler-rupert-scholz-fordert-aenderung-des-asylgesetz/>

Medwedew warnt vor Nato-Beitritt Georgiens: «Sehr schwere Folgen»

Sott.net; Di, 07 Aug 2018 15:09 UTC

Nachdem die NATO bei dem letzten Gipfeltreffen angekündigt hat, jetzt auch Georgien dadurch in die Konfrontation mit Russland zu drängen, indem dem Land eine Mitgliedschaft im NATO-Kriegsverbrecherbund in Aussicht gestellt wurde, hat der russische Premierminister Dmitri Medwedew deutliche Worte für dieses wahn-sinnige Vorhaben gefunden und eine klare Warnung ausgesprochen.



«Die Nato-Ausweitung ist eine absolute Bedrohung für die Russische Föderation», sagte Medwedew gegenüber der russischen Zeitung «Kommersant». Die jüngsten Aussagen der Nato über Pläne, Georgien in die Allianz einzugliedern, bezeichnete er als «absolut verantwortungslose Position».

«Dies kann zu einem potentiellen Konflikt führen. Ohne Zweifel, weil Abchasien und Südossetien für uns selbstständige Staaten sind, zu denen wir freundschaftliche Beziehungen pflegen. Das sind Staaten, in denen sich unsere Militärstützpunkte befinden. Und wir verstehen: Falls ein anderes Land sie als sein Territorium betrachtet, kann dies zu sehr schweren Folgen führen», warnte der russische Premierminister.

In diesem Zusammenhang «hoffe ich, dass die Nato-Leitung klug genug ist, nichts in dieser Richtung zu unternehmen».

«Das ist eine Bedrohung für die Welt. Wir verstehen, dass es auf dem Territorium Georgiens bestimmte Spannungen gibt, dass Georgien Anliegerterritorien oder aus unserer Sicht Staaten als seine eigenen betrachtet», sagte Medwedew. Dies könnte «einen schrecklichen Konflikt» auslösen.

~ Sputnik

Georgien wurde im Jahr 2008 zum Schauspiel einer weiteren Attacke auf Russland, gesteuert von elitären westlichen Kreisen.

Im August 2008 schickte Georgien Truppen nach Südossetien, um diese Region zurückzuerobern. Südossetien wird von den meisten Staaten als Teil Georgiens angesehen, ist jedoch bereits seit Anfang der 1990er Jahre de facto unabhängig. Der Angriff, bei dem die südossetische Hauptstadt Zchinwal weitgehend zerstört und zahlreiche Zivilisten sowie russische Friedenssoldaten getötet wurden, konnte erst nach der Intervention russischer Truppen abgewehrt werden.

Nach dem Fünf-Tage-Krieg erkannte Russland Südossetien sowie Abchasien, einen anderen de-facto-Staat in Georgien, als unabhängig an und richtete dort Militärstützpunkte ein.

~ Sputnik

Quelle: <https://de.sott.net/article/32794-Medwedew-warnt-vor-Nato-Beitritt-Georgiens-Sehr-schwere-Folgen>

Medwedew warnt USA: Neue Sanktionen gegen Bankgeschäfte wären Erklärung eines Wirtschaftskrieges – «US-Vorgehen widerspricht Völkerrecht»

Sott.net; Fr, 10 Aug 2018 15:38 UTC

Der russische Premierminister Medwedew warnte die USA bereits vor einigen Tagen im Zusammenhang mit dem wahnsinnigen Vorhaben, Georgien in die NATO aufzunehmen mit deutlichen Worten, indem er vor «sehr schweren Folgen» einer solchen Aktion warnte.



Jetzt warnt der ehemalige Präsident Russlands die USA auch deutlich in Bezug auf die neuen auch weiterhin sinnfreien Sanktionen, die gegen das Land in Kraft gesetzt werden sollen. Der russische Premierminister Dmitri Medwedew warnt die USA, dass jegliche Sanktionen gegen Bankgeschäfte und den Devisenhandel Russlands als Erklärung eines Wirtschaftskrieges gewertet und mit allen erforderlichen Mitteln bekämpft werden.

Während einer Reise in die russische Region Kamtschatka gab der russische Premierminister zu Protokoll: «Wenn sie so etwas wie ein Verbot von Bankgeschäften oder die Verwendung irgendeiner Währung einführen, werden wir dies als Erklärung eines Wirtschaftskrieges betrachten. Darauf müssen wir – wenn nötig – entsprechend reagieren – wirtschaftlich, politisch oder auf andere Weise.»

Medwedew betonte:

«Unsere amerikanischen Freunde sollten keinen Fehler machen.»

~ RT Deutsch

Als Begründung für die neuen Sanktionen wurde das Lügenmärchen um den Fall Skripal zum Anlass genommen: Am Mittwoch kündigte das US-Aussenministerium neue Sanktionen gegen Russland an, die am 22. August in Kraft treten sollen.

Als Begründung für die jüngsten Strafmassnahmen dient die mutmassliche Vergiftung des ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julia im März, für die auch die Vereinigten Staaten die russische Regierung verantwortlich machen. Bis heute wurden von den britischen Ermittlungsbehörden keine Beweise vorgelegt, die diesen Vorwurf erhärten könnten.

Um weitere Massnahmen zu vermeiden, fordert Washington, dass Moskau seine vermeintliche Verantwortung im Skripal-Fall eingestehen und dahingehend «verlässliche Zusicherungen» machen solle, in Zukunft keine chemische Waffen mehr einzusetzen. Die USA streben dafür auch «Vor-Ort-Inspektionen» von vermuteten Produktionsanlagen für chemische Waffen an, die Russland jedoch nach eigenen Angaben bereits geschlossen hat.

~ RT Deutsch

Gleichzeitig kommt der russische Sicherheitsrat zum richtigen Schluss, dass diese neuen Sanktionen (eigentlich wie alle anderen bereits gegen Russland verhängten Sanktionen der letzten Jahre) dem Völkerrecht widersprechen: Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Freitag bei einer Beratung mit ständigen Mitgliedern des nationalen Sicherheitsrates eventuelle neue Sanktionen der USA angeschnitten. Darüber informierte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Ihm zufolge haben die Teilnehmer der Beratung betont, dass ein derartiges Vorgehen Washingtons dem Völkerrecht widerspreche.

An der Beratung nahmen der Vorsitzende der Staatsduma (russisches Unterhaus), Wjatscheslaw Wolodin, der Leiter der Kreml-Administration, Anton Waino, der Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew, der Verteidigungsminister Sergej Schoigu und der Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, Alexander Bortnikow, teil.

~ Sputnik

Quelle: <https://de.sott.net/article/32806-Medwedew-warnt-USA-Neue-Sanktionen-gegen-Bankgeschafte-waren-Erklarung-eines-Wirtschaftskrieges-%E2%80%9EUS-Vorgehen-widerspricht-Volkerrecht%E2%80%9C>

Geschichtsstunde: Russlands Verteidigungsminister warnt Flinten-Uschi

Sott.net; So, 12 Aug 2018 07:16 UTC

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu wurde gestern in einem Fernsehinterview auf Ursula von der Leyens verrückte Aussagen letzten April angesprochen, bei der sie ein hartes Vorgehen gegen Russland forderte.



Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu

Von der Leyen hatte im April gefordert, «aus einer Position der Geschlossenheit und Stärke» mit Moskau zu sprechen. Ein «harter» Russland-Kurs sei nötig, weil «Präsident Putin keine Schwäche schätzt».

~ Sputnik

Damals stellten wir auf Sott fest, dass von der Leyen wirklich in einem anderen Universum lebt, indem man nach Belieben hetzen und lügen kann: «Putin schätzt keine Schwäche»: Von der Leyen lebt in einem anderen Universum. Auf ein Neues hat Frau von der Leyen (die im Volksmund gerne Flinten-Uschi genannt wird) den Versuch gewagt, Putin höchstpersönlich und Russland als Ganzes in schlechtes Licht zu rücken. Ihre Lieblingsmethoden sind dabei – wie immer – suggestive Aussagen und Behauptungen. [...]

Hier versucht uns Ursula zu suggerieren, dass Putin ein Mensch sei, der Schwächen für böse Zwecke ausnutzt. Wie die Überschrift dieses Artikels jedoch klarstellt, sind diese Wahnvorstellungen von Ursula nichts anderes als die gewissenlosen Lügen einer pathologischen Person, in deren Welt man ohne schlechtes Gewissen lügen kann, bis sich die Balken biegen. [...]

Wir haben es zwar schon unzählige Male erwähnt – aber gerne machen wir es noch einmal für Ursula, die genau weiss, dass sie lügt. Es gibt hier nichts, was Russland «einhalten können sollte», denn in den Minsk-Vereinbarungen geht es um den inneren Konflikt zwischen den Ukrainern und den Ostukrainern und nicht um Russland. [...]

Hhm ... Ursula lebt unverkennbar in einer schrägen Welt, die ihr gefällt. Es ist schon erschreckend, mit anschauen zu müssen, wie unsere Verteidigungsministerin hier «Fakten» auflistet, von denen keine auch nur im Entferntesten etwas mit der Realität zu tun haben. Es ist sogar noch schlimmer: Alle diese «Fakten» sind Lügen, die jeder schnell aufdecken kann, der sich auch nur kurzzeitig eingehender mit diesen Thematiken beschäftigt. [...]

~ Sott.net

Auch Schoigu, russischer Verteidigungsminister, ist diese pathologische Realität in der von der Leyen lebt nicht entgangen, und er warnt sie jetzt mit deutlichen Worten vor weiteren wahnwitzigen Aussagen wie diesen.

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat seine deutsche Amtskollegin Ursula von der Leyen ausdrücklich davor gewarnt, Russland aus einer Position der Stärke zu behandeln. Russland werde einen solchen Umgang nicht dulden, sagte Schoigu und erinnerte dabei an den Ausgang des Zweiten Weltkrieges.

Im Wortlaut sagte Schoigu: «Nach all dem, was Deutschland unserem Land angetan hat, müsste es in den nächsten 200 Jahren diesbezüglich lieber schweigen.»

~ Sputnik

Weiterhin deutete er darauf hin, dass es geschichtlich gesehen keine gute Idee ist, Russland aggressiv zu begegnen und dass man diesbezüglich lieber die Grossväter in Deutschland fragen sollte, die schon einmal erlebt haben, was ein aggressives Verhalten Richtung Russland anrichten kann. Dennoch betonte Schoigu auch weiterhin die Bereitschaft seitens Russland, partnerschaftlich mit Deutschland zusammenarbeiten zu wollen, auch wenn es immer noch Menschen wie Frau von der Leyen in Machtpositionen gibt, die dies mit allen Mitteln verhindern wollen.

Deutschland sollte seine «Grossväter fragen», was werde, wenn man mit Russland aus der Position der Stärke zu sprechen beginne, so Schoigu weiter. Dabei versicherte er, dass Russland für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit weiter offen sei.

~ Sputnik

Quelle: <https://de.sott.net/article/32812-Geschichtsstunde-Russlands-Verteidigungsminister-warnt-Flinten-Uschi>

Dresdner Politik-Professor Werner J. Patzelt analysiert die Lage der Nation

Epoch Times; Aktualisiert: 15. August 2018 19:08

Der Dresdner Politik-Professor Werner J. Patzelt hat sich schon oft in die öffentliche Diskussion eingeschaltet. Mit scharfem Blick analysiert er seit Beginn der Migrationskrise die Zustände in Deutschland und weist auf Fehlverhalten in der Politik hin. Seine Dialogbereitschaft mit PEGIDA musste er schon mit einem angezündeten Auto büßen.

«Die Zeiten, in denen wir unser Land friedlich zu einem immer besseren machen konnten, zu Modell-Deutschland, zu einem Land, in dem wir alle gut und gerne leben, diese Zeiten scheinen auf unabsehbare Zeit vorbei zu sein.»

So deutlich brachte es wieder einmal Prof. Werner J. Patzelt auf den Punkt. In einem Interview mit dem kleinen sächsischen Regionalsender FRM sprach der inzwischen weit bekannte Dresdner Professor vor wenigen Tagen aus, was vielen deutschen Bürgern auf der Seele liegt.

Hier eine Zusammenfassung dessen, was er zum Thema Migrationspolitik wortwörtlich gesagt hat:

«Die Migranten, die gekommen sind, sie werden nicht wieder gehen, und sie werden sich in die Gesellschaft nur höchst unzulänglich integrieren.

Wir beobachten, dass auch die dritte Generation von Migranten nicht im Land so richtig integriert ist – sondern ganz im Gegenteil – ihre eigenen Wurzeln neu entdeckt haben. Das heisst, auf die Dauer wird die deutsche Gesellschaft eine zerrissene, eine ethnisch zerrissene sein.

Konflikte werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit mit sozialen Konflikten verbinden, auf der politischen Ebene wird erbarmungslos die Kritik an der Zuwanderungspolitik gleichgesetzt mit Rassismus, mit Faschismus – wird also bekämpft. Infolgedessen wird sich unsere Gesellschaft immer weiter polarisieren.

Am Schluss werden AfD und Grüne die Hauptgewinner sein, die SPD wird zerfleddert sein, die Union wird erhebliche Federn gelassen haben und in zehn Jahren wird man sich fragen – musste das wirklich so kommen? Und die Antwort wird sein: Aufgrund von politischer Uneinsichtigkeit, von mangelndem Weitblick, von politischen Fehlern, musste es wohl so kommen, wie bei einem Verkehrsunfall, den man eigentlich auch hätte vermeiden können.

Die Hoffnung war: Am deutschen Wesen wird Europa genesen. Alle sollen sich gefälligst an Deutschland ein Beispiel nehmen und Flüchtlinge aufnehmen und eine Garantie, dass man den Flüchtlingszustrom begrenzen könnte, die könne man nicht geben, denn das ginge nicht. Infolgedessen haben sich osteuropäische Staaten gesperrt, die skandinavischen Staaten haben sich abgeschottet, die Briten verlassen die europäische Gemeinschaft.

Derweil zeigen die Italiener, dass man sehr wohl die Zuwanderung stoppen kann, indem man sich einfach weigert, Zuwanderer aufzunehmen, zeigen die Spanier, dass man die Fehler der Deutschen durchaus nachahmt, um am Ende den gleichen Katzenjammer zu haben und zeigen die Franzosen, diplomatisch geschickt wie sie sind, dass man zwar auf dem Papier für Europa und Offenheit sein kann, aber dann faktisch ganze Busladungen und Zugladungen von in Spanien Angelandeten an den Grenzen postwendend wieder nach Spanien zurückschickt.

Kurzum, Europa fängt an zu verfallen, aufgrund einer Migrationspolitik, die so tat, als würde sie keine reale Probleme auslösen und als könne Deutschland einfach diktieren, was die anderen europäischen Staaten als vernünftige Politik schlicht und ergreifend zu akzeptieren hätten.

Die Spanier werden binnen eines Jahres ganz gewiss die Probleme, die sie sich bis dahin aufgehalst haben werden, dadurch zu verkleinern versuchen, dass sie dem italienischen Beispiel folgen. Es ist schon so, dass man gegen Migration, die unerwünscht ist, eine ganze Menge machen könnte. Aber bislang fehlte der politische Wille. Er fehlte deshalb, weil die Kanzlerin und die Grünen und die Sozialdemokraten nicht eingestehen wollten, dass sie 2014 einen Fehler machten, indem sie so taten, als könne die einmalige Aktion – in Ungarn Gestrandete nach Deutschland zu holen – eine neue Grundrichtung deutscher Migrationspolitik sein.

Nachdem wir ein reiches Land sind, und viel Fett angesetzt haben, und nachdem wir über Steueraufkommen lange Zeit die maroden Rentenkassen haben finanzieren können, kann es schon noch zehn, fünfzehn Jahre dauern, bis die Mehrheit begreift, dass die sichere Zukunft der deutschen Rentner – der jetzigen weniger als der kommenden – aufs Spiel gesetzt worden ist, der deutsche Sozialstaat übernutzt worden ist und dass am Ende von jahrzehntelanger Arbeit im Grunde ein abgeweidetes und sich selbst aufgegebenes Land steht.

Wir können es nicht wissen, wie es weitergeht, aber eine Garantie, dass alles immer besser und schöner wird, lässt

sich nicht geben, und man kann nicht einmal mehr garantieren, dass die Gesellschaft, wie sie jetzt stabil und zusammenhängend da ist, überhaupt noch in dieser Weise funktionieren wird, und folglich kann man auch keinen stabilen Sozialstaat in Aussicht stellen, und das wird erhebliche Gefährdungen der demokratischen Legitimität und Stabilität nach sich ziehen.»

Das gesamte Interview sehen Sie hier:



Anmerkung: Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=49dqIjc28w0>

(mcd)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/dresdner-politik-professor-werner-j-patzelt-analysiert>

Streit in der CDU – Kritiker, die Merkels Rücktritt fordern, wurden zur Mässigung aufgerufen

Epoch Times; Aktualisiert: 19. August 2018 20:35

«Ich habe noch nie erlebt, dass die Stimmung an der Basis so schlecht war», sagt Alexander Mitsch von der Werteunion in der CDU. Die Lösung kann nur sein, dass Merkel als CDU-Chefin und Kanzlerin abtritt. CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer ruft die Kritiker zu Mässigung auf.



Annegret Kramp-Karrenbauer, Generalsekretär der CDU.

Foto: ADAM BERRY/AFP/Getty Images

Es rumort in der Union. Nicht erst seit dem Streit zwischen CDU und CSU über die Asylpolitik vor wenigen Wochen. Schon vor der letzten Bundestagswahl schlossen sich Kritiker von Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen, die der CDU-Vorsitzenden vorwerfen, mit ihrem «Linkskurs» konservative und wirtschaftsliberale Wähler verprellt zu haben. Auf der anderen Seite formierte sich die Union der Mitte, die einen «Rechtsruck» der Union verhindern will.

In den Führungsetagen von CDU und CSU wird diese Lagerbildung aufmerksam beobachtet – politische Flügelkämpfe wollen sie angesichts verheerender Umfragewerte unbedingt vermeiden.

Zudem gibt es bereits parteiinterne Organisationen, die wie die Senioren-Union, die Junge Union oder die Frauen-Union gesellschaftliche Gruppen repräsentieren, aber nicht erklärermassen für politische Strömungen innerhalb von CDU und CSU stehen. Und dabei soll es bleiben.

Kramp-Karrenbauer: Konservative Merkel-Kritiker zur Mässigung aufgerufen

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer rief kürzlich die in der sogenannten Werteunion zusammengeschlossenen konservativen Merkel-Kritiker zur Mässigung auf – die Gruppe fordert die Ablösung der Kanzlerin.

Am Montag wollen die CDU-Spitzengremien bei ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause im Konrad-Adenauer-Haus über die parteiinternen Gruppierungen beraten.

Eine Strategie für den Umgang mit ihnen gibt es bislang offenbar nicht. Und die Köpfe der beiden Lager wollen

trotz des Missfallens der Parteispitze weiterhin für ihr Anliegen kämpfen, zumal sich beide als Gegenmittel zur AfD sehen.

Union der Mitte: «Wir werden nicht Teil des Streits sein, sondern Teil der Lösung»

Der Gründer der Union der Mitte, Stephan Bloch, weist den Vorwurf der «Sektiererei» entschieden zurück. Von Anfang an habe man mit dem Slogan «Einen statt spalten» geworben, sagt der 29-jährige Münchner, der seit elf Jahren CSU-Mitglied ist. «Wir werden nicht Teil des Streits sein, sondern Teil der Lösung.»

Kurz vor Jahreswechsel startete Bloch eine Facebook-Seite als Protest gegen die «Verrohung der Sprache», gegen Grenzüberschreitungen und «beleidigende Worte» – dabei hatte er vor allem CSU-Chef Horst Seehofer und andere bayerische Spitzenpolitiker im Blick.

Dass es vielen anderen genau so ging, sei auch an den Parteiaustritten abzulesen, sagt Bloch, Mitglied des Münchner Ortsverbands Laim-West. «Es wird schon viel zu lange geredet statt gehandelt», findet der Jungunternehmer. Vor allem die Flüchtlingspolitik habe zuletzt zu viel Raum eingenommen, letztlich habe die AfD daraus Kapital geschlagen. Demnächst soll auf der Homepage der Gruppe, auf der sich innerhalb eines Monats knapp eintausend Unterstützer registrierten, ein Diskussionsforum eröffnet werden. Bloch schwebt ein «breiter, innerparteilicher Dialog» zu Themen wie Rente, Digitalisierung und bezahlbarem Wohnraum vor.

Werteunion: Personeller Neuanfang ohne Merkel nötig

Grundsätzlich findet es auch Alexander Mitsch «sehr gut, dass wir in der Union wieder stärker diskutieren. Das haben wir in den letzten Jahren viel zu wenig getan», sagt der Mitbegründer der Werteunion, in der sich im März vergangenen Jahres konservative und wirtschaftsliberale Unionsmitglieder zusammenschlossen. In den letzten Jahren seien Konservative in der Union ignoriert worden.

«Ich habe noch nie erlebt, dass die Stimmung an der Basis so schlecht war», sagt Mitsch, seit 33 Jahren in der CDU. Für ihn kann die Lösung nur darin liegen, dass sich die Partei inhaltlich und personell erneuert: Merkel also als CDU-Chefin und Kanzlerin abtritt.

Mittlerweile zählt die Werteunion knapp 2000 Mitglieder und Mitsch nimmt für die Gruppe in Anspruch, «die Mehrheitsinteressen der Basis» zu vertreten. Gestärkt fühlt sich der 50-jährige Diplom-Kaufmann aus der Gegend von Heidelberg durch die Unterstützung prominenter Unionspolitiker wie Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU).

«Wir sehen uns als Speerspitze der konservativen Bewegung», sagt Mitsch. Und wenn es der CDU gelinge, durch einen Politikwechsel ihre früheren konservativen Mitglieder und Wähler zurückzugewinnen, werde sie auch die AfD «überflüssig machen». (afp)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/streit-in-der-cdu-kritiker-die-merkels-ruecktritt-fordern-wurden-zur-maessigung-aufgerufen-a2605126.html?meistgelesen=1>

Richtig! «Ideologie, keine Wissenschaft»: Ungarn schliesst Studiengang für Gender Studies

Philipos Moustaki; Sott.net; Mo, 13 Aug 2018 16:19 UTC

Ungarns Regierung hat ein Gesetz eingeführt «das Gender-Studies-Programme an Universitäten verbieten soll» berichtet RT Deutsch.



Betroffen sind Studierende der Budapester Eötvös Loránd Universität und der von George Soros finanzierten Privatuni Central European University. Diese zwei Bildungseinrichtungen bieten den Studiengang (noch) auf Hochschulniveau in ungarischer Sprache an.

~ RT Deutsch

Darüber hinaus betonte ein Sprecher des Ministeriums für menschliche Fähigkeiten, dass auf dem ungarischen Arbeitsmarkt absolut «kein Interesse» für die Alumni des Studienganges bestehe. **Ausserdem sei dieser «wirtschaftlich irrational» und wurde in den Lehrplan vermutlich nicht dafür aufgenommen, um den Studierenden nützliches Wissen anzueignen, sondern um anderen Interessen zu dienen.»**

~ RT Deutsch

Mit dieser Aussage trifft der Sprecher des Ministeriums den Nagel auf den Kopf. Gender Studies haben in der Tat mit Wissensaneignung genau soviel zu tun wie ein Stück Felsen mit dem Menschen: Rein gar nichts. Wie es überhaupt möglich ist, so etwas in westlichen Universitäten als «Studienfach» einzuführen, bleibt weiterhin rätselhaft.

Dem Ministerium zufolge entzieht das Studienfach Gender Studies Ressourcen aus anderen Kursen und **beeinträchtigt die wirtschaftliche Stabilität der Universitäten**. Die Christdemokraten Ungarns haben das Studienfach bereits früher kritisiert und bezeichneten es **als Ideologie und keine Wissenschaft**.

Genderstudies bzw. Geschlechterforschung ist eine interdisziplinäre Forschungsrichtung, die nach der Bedeutung des Geschlechts für Politik, Kultur, Gesellschaft und Wissenschaften fragt. Untersucht werden die Konstruktion des Begriffes Geschlecht in verschiedenen Zusammenhängen, seine Bedeutung und seine Auswirkungen auf die Verteilung von politischer Macht und auf die sozialen Strukturen.

~ RT Deutsch

Auch hier scheinen die ungarischen Politiker vielen westlichen Partnern einen Schritt voraus zu sein: Sie erkennen, dass durch Gender Studies in der Tat nicht viel mehr als eine realitätsferne Ideologie «studiert» und verbreitet wird.

Mehr zu diesem Wahnsinn erfahren Sie unter anderem in folgenden Artikeln:

- Professor Jordan B. Peterson: Ein Held unserer Zeit?
- Gender-Wahnsinn: Frauenbeauftragte der Bundesregierung will Nationalhymne
- An alle Eltern: Unterstützt NIEMALS das schlechte Benehmen eurer Kinder
- Gender-Wahnsinn: Kanadas Regierungschef mag «Menschheit» nicht – Prost Mahlzeit!
- Ein Jordan Peterson-Guide: Seine Gedanken, seine Wirkung
- Hört auf zu heulen und kommt endlich mit eurem Leben klar – Ein bewegender Brief von Holly Butcher

Hierzu ein Zitat aus dem zweiten Artikel:

«Genauso wie die Bundesregierung setzt der kanadische Präsident nicht mehr auf Kompetenz hinsichtlich der Wahl seiner Regierungsbeamten, sondern auf die gleiche gefährliche Ideologie wie die Bundesregierung unter Federführung von Frau Möhring und anderen seltsamen Gestalten: [...] »

Diese Ideologie der Opferrolle von Frauen und Minderheiten wie Transsexuelle wird dann als willkommener Anlass genommen, die Sprache und die Gesetzgebungen selbst zu verändern, sodass Worte wie «Menschheit» und «Mann» von nun an als unsittlich gelten und jeder, der sie verwendet als Rassist abgestempelt wird – oder schlimmer noch, als Frauen- oder Schwulenhasser.

Nein, das ist kein Scherz; gerade in Kanada, aber auch in Deutschland (und mittlerweile in vielen anderen westlichen Ländern) versuchen lautstarke «Aktivisten» dieser Gender-Bewegung, die Sprache selbst zu verändern und Gesetzgebungen auf den Weg zu bringen, die es Menschen verbieten sollen, bestimmte Begriffe auszusprechen. In Kanada wurden Gesetze dieser Art bereits unter Trudeau in Kraft gesetzt.

Wer sich da an Orwells «1984» erinnert fühlen sollte, liegt dabei leider nicht weit daneben. In der Vergangenheit haben genau solche Bemühungen einer kleinen pathologischen Minderheit zu unsäglichem Leid und Blutvergiessen für Millionen von Menschen geführt. Damals waren unter anderem Hitlers Deutschland und Stalins Russland die Konsequenzen dieser Opfer-Mentalität, die von wenigen lautstarken pathologischen Aktivisten «im Namen der Minderheiten» heraus posaunt wurde. Diesen «Aktivisten» geht es in Wirklichkeit nicht um Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung und auch nicht um die Rechte der Minderheiten, sondern um Machtgewinn und Rachegeleüste.

Was wir nun – nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten Westen – beobachten können, ist äusserst gefährlich. Wer aus der Vergangenheit nicht lernt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

In Bezug auf dieses Thema haben wir schon einige Artikel veröffentlicht, darunter auch die Arbeit von Professor Jordan Peterson, der sich aktiv gegen diese gefährliche Ideologie in Kanada (und dem Rest der Welt) ausspricht, da er genau weiss, zu was diese pathologischen Gedanken führen.

Nach den erschreckenden Aussagen des kanadischen Präsidenten Trudeau wurde Jordan Peterson nach seiner

Meinung gefragt und hier ist seine Antwort, die den Nagel auf den Kopf trifft:

«Über eine weitere Seite dieser gefährlichen Medaille haben wir in unserem neuen Artikel berichtet, in dem der radikale Feminismus thematisiert wird, der inzwischen jeden Aspekt unserer Gesellschaft beeinflusst. Der Artikel heisst «Fünf Lügen der Feministen, die wir als selbstverständlich betrachten» und stammt von unserem Redakteur Pierre Lescaudron, der auch ein Buch geschrieben hat, das kürzlich auf Deutsch veröffentlicht wurde. Darin erklärt er ausführlich fünf Märchen, die radikale Feministen wie Frau Möhring als Vorwand nutzen, um gefährliche Gesetzesänderungen und Normen zu kreieren. Die fünf Verzerrungen und Märchen lauten:

1. Frauen sind die Opfer häuslicher Gewalt
2. Frauen sind die Opfer von Vergewaltigungen
3. Frauen verdienen weniger als Männer
4. Männer missbrauchen Kinder
5. Eine Frau beschuldigt einen Mann, Anklägerin = Opfer

Mehr Informationen dazu im oben verlinkten Artikel. In den folgenden zwei Artikeln beschreibt Pierre Lescaudron ausserdem einige Hintergründe und Folgen dieses Wahnsinns:

- Post-Nihilismus: Wohin uns unsere gegenwärtige Lage führt
- Mamma, warum trägt Papa ein Kleid? Papa, warum hat Mama einen Schnurrbart?

Und hier eine weitere Auswahl an Artikeln über diesen Wahnsinn – nicht nur in Kanada:

- Der Gender-Wahnsinn: «Goolag» Google entlässt kritischen und mitdenkenden Mitarbeiter
- Gender-Wahn und Zensur: EU will Kinderbücher verbieten lassen
- Zersetzung der Gesellschaft durch Gender-Wahnsinn: Vorschulkinder sollen ihr Geschlecht selbst auswählen
- Verrückt: Das dritte Geschlecht wird vom Verfassungsgericht begrüsst

Vor einigen Wochen haben wir uns mit diesem Thema auch in unserer Radiosendung befasst:

- Gender Balla-balla: Der Wahnsinn bei der weiblichen Gleichberechtigung und die Feminismus-Debatte

Über einen weiteren Trend, in Bezug auf diese politischen Machenschaften einer kleinen pathologischen Minderheit, die Minderheiten für ihre gewissenlose Zwecke auszunutzen, können Sie im folgenden Artikel nachlesen:

- Pädophile Kindererziehung in Berlin: Homo- und Transgender-Leitfaden für Kindergärten

Kurz gesagt streben einige Menschen in hohen Machtpositionen durch diese Ideologie die Normalisierung der Pädophilie an.



Philipos Moustaki

Redakteur Philipos Moustaki trat dem SOTT Team Ende 2011 bei. Während er in Deutschland lebt, sind ein Teil seiner Wurzeln griechisch. Sein Schwerpunkt besteht darin, das unglaubliche Wissen von SOTT.net der deutschsprachigen Welt näher zu bringen durch Veröffentlichungen, Bearbeitungen und Übersetzungen für de.SOTT.net. Wenn er nicht gerade für SOTT.net die Welt dort draussen und sich selbst erforscht, arbeitet er als Werkzeugmechaniker bei einem international führenden Anbieter für End-to-End-Lösungen für die Datenübertragung, der die anspruchsvollsten Standards für Daten, Ton- und Video-Anwendungen erfüllt.

Quelle: <https://de.sott.net/article/32816-Richtig-Ideologie-keine-Wissenschaft-Ungarn-schliesst-Studiengang-fur-Gender-Studies>

Ein bisschen früher versterben – na und?

Autor Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 19. August 2018; Von Gastautor A. N.

In Offenburg wurde am 16. August 2018 ein Arzt von einem somalischen Asylbewerber erstochen – und Oberbürgermeisterin Edith Schreiner (CDU) hatte keinen besseren Gedanken, als Mitgefühl mit den Angehörigen des «Verstorbenen» zu bekunden und im gleichen Atemzug zu fordern, «sich besonnen zu verhalten und von Pauschalisierungen abzusehen». Das greift in kongenialer Weise den Gedanken der CDA-Vorstandsdame Venja Lang auf, der zur Tötung der Schülerin Susanna F. einfiel, vielleicht «wäre sie von einem Auto überfahren worden oder jemand anderes hätte sie getötet», wenn nicht zuvor ein irakischer Asylbewerber zur Tat geschritten wäre. Die zugrundeliegende Logik: Da jeder früher oder später verstirbt, sollte man «besonnen» bleiben und nicht «pauschalisieren», bloss weil jemand den Gang der Dinge ein wenig beschleunigt. Juristisch gesehen wäre das –

sehr weit interpretiert – eine Art ›überholender Kausalität‹ (Beispiel: Der Ermordete wäre kurz darauf sowieso gestorben, weil das Flugzeug, mit dem er reisen wollte, abstürzte), die jedoch zu keinerlei strafrechtlicher Entlastung des Täters führt. Anders sehen das indes unsere ›politisch denkenden‹ CDU-Damen: Da der Offenburger Arzt und die Schülerin Susanna irgendwann sowieso verstorben wären, sollte man keinen grossen Wirbel um die kleine Beschleunigung des Vorgangs – sozusagen wurden sie verstorben – (und das bisschen Vergewaltigung im Fall Susanna) machen. Für Niklas aus Bad Godesberg, Mia aus Kandel, Maria aus Freiburg und andere galt und gilt das ebenso.

Das passt auch wunderbar zur Weisheit des Gutachters/Beraters des Bundespräsidialamts und etlicher Bundes- und Landesministerien, Prof. El-Mafaalani, der offenbar unwidersprochen vertreten kann: «Gelungene Integration erhöht deshalb das Konfliktpotential, weil Inklusion, Gleichberechtigung oder eine Verbesserung der Teilhabechancen ... zu mehr Dissonanz und Neuaushandlungen führt.» Wobei ›Neuaushandlung‹ (so schon die ›Integrationsbeauftragte‹ Özoğuz) ein Euphemismus dafür ist, dass Divergenzen nicht auf Grundlage für alle geltender Gesetze geregelt werden, sondern danach, wer den dickeren Bizeps, das längere Messer und die höhere Gewaltbereitschaft hat. Dabei sieht El-Mafaalani die Masseneinwanderung ebenso als *fait accompli* an («Nicht nur die Bevölkerungsstruktur hat sich enorm verändert, sondern auch die Gesellschaft und der Lebensalltag aller Menschen. ... Aber der enorme soziokulturelle Wandel überfordert offensichtlich einen Teil der alteingesessenen Bevölkerung.»), wie u.a. schon Yascha Mounk («Es ist ein historisch einzigartiges Experiment, eine Demokratie zu nehmen, die diese monoethnische Vorstellung von sich selber hatte, und sie in eine multiethnische Gesellschaft umzuwandeln.»)

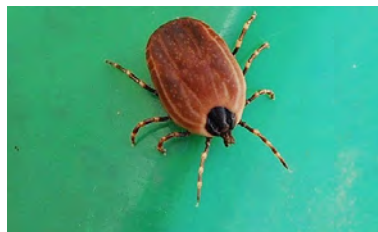
Wir sollen uns also dran gewöhnen, dass das Zusammenleben gewaltsam ausgehandelt (oder auch – sozusagen beschleunigt – beendet) wird – und stillhalten. In diese Selbstregulierung der Gesellschaft soll offenbar auch die Staatsgewalt nicht eingreifen. Ob das auch gilt, falls verstockte, überforderte Schonlängerhierlebende sich auf diese Art des Neuaushandelns einlassen?

Vielleicht bedarf es nur noch etwas zusätzlichen Nachdrucks, damit auch der laut El-Mafaalani offensichtlich überforderte Teil der Schonlängerhierlebenden sich schnell genug und klaglos genug fügt.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/08/19/ein-bisschen-frueher-versterben-na-und/#more-3386>

Heisser Rekordsummer: Tropische Hyalomma-Zecke hält Einzug in Deutschland

13:00 19.08.2018; Bolle Selke



CC BY-SA 3.0 / Lucyin / Wikimedia Commons

Zecken fühlen sich beim diesjährigen heissen und trockenen Sommer besonders wohl. Nun wurde sogar vermehrt die tropische Zeckenart der Gattung *Hyalomma* in Deutschland gesichtet, erklärt die Biologin Ute Mackenstedt. In einer Zecke konnten Erreger des Fleckfiebers nachgewiesen werden.

«Wir vermuten, dass es durch diesen heissen Sommer dazu gekommen ist, dass sich *Hyalomma*, die als tropische Zeckenart bekannt ist, in Deutschland etwas verstärkter verbreitet», sagt die Leiterin des Fachgebiets Parasitologie der Universität Hohenheim im Sputnik-Interview. «Im Moment haben wir acht bestätigte Funde. Da sind auch die Zecken bereits eingeschickt worden. Wir haben aber jetzt auch weitere Nachrichten bekommen, die sehr deutlich machen, dass *Hyalomma* auch in anderen Regionen Deutschlands verbreitet vorkommt.»

Bestätigte Funde gibt es bisher in den Bundesländern Niedersachsen und Hessen. Die Forscher haben aber bereits Hinweise darauf, dass auch in anderen Bundesländern, wie Baden-Württemberg und Bayern, schon einige tropische Zecken gesichtet worden sind.

Hyalomma ist eine Gattung der Schildzecken mit etwa 27 Arten und einfach von dem hiesigen, gemeinen Holzbock zu unterscheiden. Die Zecke ist etwa fünfmal grösser, hat auffällig orange-rot gestreifte Beine und ist aktiver als der Holzbock. Die Zecken gehen auf Vögel und entwickeln sich dort. So können sie über einen Zeitraum von

20 bis maximal 30 Tagen auf den Vögeln verbleiben und fallen während des Vogelflugs nicht herunter, erzählt Mackenstedt. Weiter erklärt sie:

«Dann entscheidet es sich vor Ort, ob sich die Zeckennymphe weiterentwickeln und ob sie sich auch dort halten kann. Ob sich Hyalomma langfristig in Deutschland wird halten können, können wir jetzt noch nicht sagen.»

Die Zeckenart ist in den Trocken- und Halbtrockengebieten Afrikas, Asiens und Europas verbreitet. In Nord- und Mitteleuropa kommt sie normalerweise nicht vor und gilt als Krankheitsüberträger – vor allem für das Krim-Kongo-Fieber und das Zecken-Fleckfieber.

«Speziell das Krim-Kongo-Fieber ist keine leichte Erkrankung», warnt Mackenstedt. «An dieser Erkrankung kann man auch sterben. In den Hyalomma-Zecken, die uns zur Verfügung standen, hat Dr. Dobler vom Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr noch niemals die Viren, die Krim-Kongo-Fieber hervorrufen, nachgewiesen. Es wurde allerdings in einer Zecke ein Erreger für das Fleckfieber entdeckt.»

In Bezug auf den gemeinen Holzbock sehen die Forscher, dass durch den trockenen und heissen Sommer in einigen Regionen die Zeckenpopulation extrem hochgegangen ist. «Wir sprechen hier auch vom Zeckenjahr 2018.» In anderen Regionen, wie Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg, hätten diese extreme Trockenheit und die hohen Temperaturen dazu geführt, dass die Zeckenpopulation, der gemeine Holzbock, sich nicht sehr wohlfühlt. «Wenn es zu heiss ist und die relative Luftfeuchtigkeit zu niedrig, dann verkriecht sich der gemeine Holzbock gerne in den Boden oder ganz dicht in den Laubstreu.»

Anders allerdings die tropische Zecke, Mackenstedt sagt:

«Wenn die Meteorologen Recht damit haben, dass auch in den nächsten Jahren mit diesen langen trockenen Hitzeperioden zu rechnen sein wird, dann müssen wir davon ausgehen, dass wir Hyalomma in grösserer Anzahl finden werden.»

Quelle: <https://de.sputniknews.com/panorama/20180819322001751-hyalomma-zecke-deutschland/>

Autos, Klimaanlage, Akkus, Glashochhäuser, Bodenversiegelung – Tropenhitze selbstgemacht

20. August 2018 - 7:23



Auto-Abgase, aber auch die Abwärme von Klimaanlage erzeugen unglaubliche Hitzemengen in den Siedlungsgebieten.

Foto: Rettungsgasse JETZTde / pixabay.com

In Wien kurven derzeit etwa 700 000 Kraftfahrzeuge umher; viele dieser Vehikel haben eine Klimaanlage. 60 Prozent der aufgewendeten Energie gehen als Abwärme in die Atmosphäre. Die Summe der Abwärme wird grösser, je länger tausende Autos im Stau stehen, weil die Kühlung durch Fahrtwind fehlt – was augenscheinlich Wunsch und Ziel von «Verkehrsexperten» wie Hermann Knoflacher, Maria Vassiliakou & Co ist.

Wiener Autos verbrennen pro Tag drei Atomkraftwerks-Jahresausstösse

Benzin hat einen Brennwert von 32 MJ/l (MegaJoule/Liter). Wer täglich vier Stunden im Stau steckt und dessen Auto zehn Liter Sprit verbraucht, hat täglich etwa 1200 MJ verbraten. Durchschnittsrechnung: Von den rund 700 000 Autos (inklusive Pendlers, Lkw, Busse, Baustellenfahrzeuge) tuckern zwei Drittel, also etwa 462 000 Fahrzeuge, durchschnittlich eine Stunde durch die Stadt. Ergibt 14,784 000 MJ oder 14,7 TeraJoule. Pro Tag! Kann auch deutlich mehr sein. Das entspricht 4080 Megawatt-Stunden. Ein mittleres Atomkraftwerk produziert 1300 MegaWatt – pro Jahr.

«Grüne» Batterien und Akkus erzeugen Abwärme in Massen

Am Dach jeder E-Lokomotive, ebenso wie auf jeder Strassenbahn, befindet sich ein Transformator, der – richtig getippt – Abwärme produziert. Jede pseudogrüne Lithiumbatterie an einem pseudogrünen Fahrrad produziert

Abwärme – beim Laden ebenso wie bei der Stromabgabe. Manchmal so viel, dass die Batterie in Flammen aufgeht.

Abwärme-Stau durch Boden-Versiegelung und ‹Glas-Kobel›

Im täglichen Durchschnitt werden allein in Österreich zwölf Hektar Bodenfläche versiegelt – mit Beton und Asphalt. Das sind hervorragende Wärmespeicher. Versiegelter Boden kann kein Wasser verdunsten. In Siedlungsräumen führt dies zum Anstieg der lokalen Temperaturen. Die Landwirtschaft hat all die schönen Feldraine ausgerissen, in denen eine Vielzahl von Tieren ihren Lebensraum hatten. Und auch einem Laien sollte einleuchten, dass Stahl-Glas-Hochhäuser (‹Glas-Kobel›) mit integrierter (leistungsfähiger) Klimaanlage eine Menge Wärme produzieren.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0027521-Autos-Klimaanlagen-Akkus-Glashochhaeuser-Bodenversiegelung-Tropenhitze-selbstgemacht>

Die vehemente und vernunftwidrige Ablehnung des Menschen in bezug auf lebens- und naturerhaltende Massnahmen

Das Gros der Menschheit erachtet die Planung zur Tötung von Menschen, die Herstellung und den Vertrieb von Waffen und Kriegsmaterialien sowie das Kriegführen ebenso als legitim wie die Folter und Todesstrafe. Dies, während das achtsame Verhüten in bezug auf Nachkommenschaft und damit eine weltweite Geburtenkontrolle als Verbrechen an der Privatsphäre bezeichnet wird. Auch die Gleichgewichtswahrung der Natur, der Fauna und Flora sowie des Klimas und des Planeten und die vernünftige Ausbeutung und Verwendung der verfügbaren Ressourcen der Erde stossen auf vehemente und vernunftwidrige Ablehnung.

Das Aufrüsten zur Vorbereitung zum Töten und die effektiven Kriegshandlungen als eigentliches Ermorden von Menschen ist gemäss den schöpferisch-natürlichen Gesetzen und Geboten keineswegs legitim, wie das der Mensch der Erde leider anderweitig sieht und zu verstehen glaubt, nämlich dass er eben – aus welchen falschen, egoistischen, aus eifersüchtigen, hassvollen, rachsüchtigen, vergeltungsmässigen, machtgierigen, kriegerischen, strafenden oder sonstigen menschenunwürdigen und lebensfeindlichen Begründungen auch immer – zum Töten und Ermorden von Mitmenschen berechtigt sei. Und diesbezüglich spielen die Religionen und Sekten eine massgebende Rolle, und zwar durch die Erfindung der schwachsinnigen Mär, dass es einen allesliebenden Gott gebe, der die Welt, die Sonne, die Sterne und alles Existente erschaffen habe, womit die Irrlehre und Schauer-geschichte Fuss fassen konnte, dass nicht die Naturgesetze der Ursprung aller Dinge seien, sondern eben Gott. Und mit dem so liebevollen Gott-Vater – der nachsichtig und gerecht sein und die Verantwortung für alles Existente tragen soll – wurde widersinnig und widersprüchlich auch der Zorn Gottes erdacht, der alles und jedes mit harter Strafe ahndet, was wider seine Anordnungen, Befehle, Erlasse und Gebote verstösst, wobei als letzte Sequenz in bezug auf eine Bestrafung selbst die Körperverstümmelung und gar die Todesstrafe des Rechts und legitimiert sein sollen. Und dieser ganze Unsinn wird schon seit alters her bereits in die Erziehung der Kinder eingeflochten und diesen mit suggestiver Überredungsgewalt eingehämmert, ihnen als Glauben vermittelt und sie davon abhängig gemacht. Folgedem werden sie schon von früh auf mit der religiös-sektiererischen Gotteslüge und mit dem Egoismus, dem Hass, der Rache und Vergeltung, dem Tod und Krieg sowie mit der Selbstsucht, Selbstherrlichkeit, der Eifersucht und dem Machtgebaren usw. konfrontiert, wie diese Unwerte dem Gott eigen sind, der – wie den Kindern eingetrichtert wird – in dieser Weise schaltet und waltet. Weiter sind darin jedoch auch Neid, Lieblosigkeit, Gleichgültigkeit, Selbstsucht und Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Wert des Lebens enthalten, weil die ganze Verantwortung auf die menschlich erdachte imaginäre Wahngestalt Gott abgeschoben und die Angst vor dem zornigen und rächenden Gott das Tragen der Selbstverantwortung nicht zulässt.

Die krankhaft dumm-dämliche, unlogische und widersprüchliche Lüge, eben dass es einen Gott gebe, der die Güte und Liebe selbst sei, legitimiere auch, dass er allein alles bestimme und daher das alleinige Recht habe, in mancherlei Beziehung Strafe, Rache und Vergeltung für Vergehen zu fordern, und zwar auch Körperverstümmelungen und den Tod für Andersgläubigkeit, für Delikte, Ehebruch, Fehler, Gott-Glaubensabtrünnigkeit, Schuld, Unrecht, Verbrechen und Verstoss usw., wie aber auch Krieg gegen feindliche oder einfach andersgläubige Menschen, Gruppen und Völker. So ist allein dadurch, eben durch diesen Wahnsinn des religiös-sektiererischen Gotteswahnglaubens, das Gros der irdischen Menschheit mit Angst, Elend, Leid, Not und Schrecken geschlagen, nebst dem, dass die Erde für grosse Teile der Menschen infolge Folter, Krieg, Tod und Zerstörung sowie den Folgen der Globalisierung und der Überbevölkerung ein bössartiger Ort des Grauens ist. Nebst dem müssen viele schwere

Schicksalsschläge erduldet werden, weil Naturkatastrophen die Welt erschüttern, die der Mensch der Erde selbst herbeigeführt hat, und zwar durch die rundum grassierenden Auswirkungen der irr herangezuchteten Überbevölkerung, wodurch die Naturgesetze, die Fauna und Flora sowie das Klima und gar der Planet selbst zerstörerisch beeinträchtigt wurden und weiterhin drangsaliert werden. Die Gotteswahnbefallenen aber, die Gottgläubigen, sind dabei des irren Glaubens, dass sie alles besser ertragen könnten, wenn sie an einen imaginären Gott glauben und zu ihm bettelnd um Besserung und um Verhütung aller Übel beten, wie das schon seit alters her der Fall ist, als die Urahen einen imaginären Gott erdachten, um sich angstvoll unter seinen Schutz zu stellen, der ihnen aber auch in jeder Beziehung helfen sollte, wobei jedoch niemals irgendwelche erbettelte und erbetete Hilfe von ihm kam. Eben, weil Gott nur ein aus Angst menscherdachtes imaginäres Phantasiegebilde ist, das weder Lebendigkeit noch Energie oder Kraft in sich birgt und sie auch nie haben wird. Also wurde zu Urzeiten vom Menschen die Phantasiegestalt Gott ersonnen und als Beschützer und Bestrafender auf ein unsichtbares Podest gehoben, von wo aus er seit alters her über die Menschen als einzelne und auch als Masse in göttlicher Liebe und Weisheit, wie aber auch zornig und strafend herrschen soll. Dies wurde von den Menschen der Erde so erdacht, anstatt dass sie sich ihrer selbst, ihrer eigenen Kraft und ihres eigenen Könnens besonnen und sich selbst in eigener Weise und in Selbstinitiative um ein hilfreiches und nutzvolles Handeln bemüht hätten. Da sie das jedoch nicht taten und sie sich auch nicht ihres inneren neutral-positiven Wesens besannen und damit auch die schöpferisch-natürlichen Gesetze und Gebote missachteten, die ihr inneres Wesen bestimmten, suchten sie in ihrer Angst einen imaginären gütigen Gott-Vater, der sie belohnen und von allem Bösen und Üblen bewahren und erlösen sollte. Gleichzeitig aber ersannen sie in ihrer Unvernunft und in ihrem Unverstand mit diesem imaginären Gott auch eine strafende und rächende Schein-Gestalt Gott, der seither persönlich die Menschen für ihr Fehlverhalten oder für ihre Gottungläubigkeit zornig und wütend durch Vergeltungsakte durch irgendwelche ›göttliche‹ Akte straft, oder sie durch ihm gläubig verfallene Menschen verfolgen und töten lässt, und zwar auch durch Glaubenterrorismus, Hexenjagd, Glaubensverfolgung, Glaubensmorde und Religionskriege.

Nun, Gott ist auch nur ein Götze, wie andere Götzen, denn er ist ja auch nur ein von Menschen erfundenes Phantasiegespenst, das die Menschen der Erde – je nach Religion und Sekte – für seine Zwecke nach seinem Belieben und Bedürfnis instrumentalisiert, wobei jedoch seit alters her Widersprüche ebenso nicht zu vermeiden waren, wie sie auch heute nicht zu vermeiden sind, wie auch nicht die Tatsache, dass in kollektiver Weise ganze Völker durch Krieg, Unterdrückung und Versklavung mit Gewalt, Tod, Zwang und mit menschenunwürdigen Strafen zur Räson gebracht wurden; wie das auch heute noch durch den religiös-sektiererischen Terror versucht wird. So wurden ganze Stämme und Völker ausgerottet, was schon seit Urzeiten niemals den schöpferisch-natürlichen Gesetzen und Geboten entsprach, denn diese machen absolut klar, dass weder von Menschen hervorgerufenes Elend noch Folter, Gewalt, Leiden, Zwang, Tod und Krieg einen Sinn ergeben, sondern gegenteilig nur Liebe, Frieden, Freiheit und Harmonie. Werden all die menschenunwürdigen Unwerte jedoch trotzdem getan, dann entsprechen sie völlig ausser Rand und Band geratenen unmenschlichen und schöpfungs-naturwidrigen Ausartungen, die niemals eine Berechtigung haben und nur von ausgearteten menschlichen Kreaturen durchgeführt werden, die dem blanken Egoismus, der völligen Unmenschlichkeit, Selbstherrlichkeit und Selbstsucht, der Machtgier und aller sonstig menschen- und lebensmässigen Verkommenheit verfallen sind. Werden in dieser Beziehung – wie auch allseitig sonst und weitem – die schöpferisch-natürlichen Gesetze und Gebote böswillig gebrochen und missachtet, und zwar einzig aus falschen egoistischen, machtgierigen, selbststüchtigen, selbstherrlichen und habgierigen Erwägungen sowie aus falschen gedanken-gefühls-psychemässigen Regungen heraus, die verstandes- und vernunftmässig betrachtet nicht nur absolut unlogisch, sondern auch menschlich völlig abartig und ausgeartet sind und dem wahren inneren schöpferisch-natürlich gegebenen Wesen krass widersprechen, dann entsteht nur abartig Böses und ausgeartet Negatives, das niemals legitimiert werden kann. Genau diesbezüglich ist der Mensch der Erde jedoch in einer Art und Weise ausartend selbststüchtig handelnd und sich in einer Form verhaltend, aus der er in seiner Selbstgier nur sich selbst und seine eigenen Vorteile sieht, wobei er alle Menschlichkeit missachtet und mit Füßen tritt. Wahrheitlich hat sich der Mensch der Erde – zumindest das Gros der irdischen Menschheit – derart in einen Zustand des Egoismus, der völligen Gleichgültigkeit, Selbstherrlichkeit, Selbstsucht und Gewissenlosigkeit hineinmanövriert, dass er weder versteht noch weiss, was die hohen Werte der wahren Liebe, des Friedens, der Freiheit und Harmonie effectiv sind. Tatsächlich kann er daher diese Werte überhaupt nicht mehr erkennen, und zudem weiss er nicht mehr, was sie überhaupt bedeuten, denn die diesbezüglichen Begriffe sind ihm nur noch vom Hörensagen und vom Lesen bekannt, folglich er sie auch nicht mehr wirklich verstehen, geschweige denn verwirklichen kann. Daraus resultiert auch, dass das achtsame Verhüten und Vorsorgen in bezug auf Nachkommenschaftszeugung aus rein egoistischen und selbstherrlichen, selbststüchtigen und verantwortungslosen Gedanken-, Gefühls-, Handlungs- und Verhaltensweisen abgelehnt wird. Das aber fusst auch darin, weil aus den gleichen falschen Verhaltensweisen heraus vehement abgelehnt wird, verstandes-

und vernunftmässig rein persönlich und privat etwas zu tun, das der Richtigkeit und dem Gesamtwohl der ganzen Menschheit, der Natur und deren Fauna und Flora sowie dem Klima und dem Planeten selbst entspricht. Grundsätzlich wird alles und jedes an Gutem und Positivem rein ausgeartet-egoistisch nur für die eigene Person und das eigene Wohl getan, und zwar fern von jedem verbindenden zwischenmenschlich wertvollen Gedanken und Gefühl für den einzelnen Menschen und die ganze Menschheit.

Die falsche und gefährliche Begründung fundiert dabei darin, dass all das, was privater Natur sei, auch privater Natur bleiben soll und müsse, also auch das übermässige Zeugen von Nachkommen nach eigenem freien Willen, und zwar ganz egal, ob dabei durch die Machenschaften der Überbevölkerung und die daraus hervorgehenden katastrophalen Folgen und üblen Ausartungen die gesamte irdische Existenz, die Menschheit und alles Leben überhaupt – also samt der Natur und deren Fauna und Flora, sowie dem Klima und gar dem Planeten selbst, so aber auch jede Lebens- und Überlebensmöglichkeit – gefährdet und letztendlich zerstört wird. Daraus, eben aus dieser dummdämlichen Ansicht und Meinung heraus, die auf blankem ausgeartetem Egoismus, auf Machtgebaren, Selbstherrlichkeit, Selbstsucht, Habgier und umfassender Verantwortungslosigkeit beruhen, wird ein immer notwendiger werdender, weltweiter Geburtenstopp und eine staatlich kontrollierte Geburtenkontrolle abgelehnt. Und all diese genannten Unwerte sind im Zeichen von Religionen, Macht und Geld auch der Grund dafür, dass sich der Mensch der Erde das ihm nicht zustehende Recht nimmt, Mitmenschen zu töten, zu foltern, zu morden und zu massakrieren, zu knechten, auszubeuten und durch verbrecherische Handlungen und Taten im Namen eines imaginären Gottes und also mit «göttlichen» Vorgaben, Gesetzen und Geboten und allerlei schwachsinnigen religiösen Glaubenssätzen zu legitimieren. Dabei spielen jedoch auch noch andere menschenunwürdige Faktoren mit, wie Eifersucht, Hass, Rache und Vergeltungssucht, die in völlig ausgearteter Weise beim Menschen der Erde gang und gäbe sind und keine Grenzen kennen. Das alles sind, nebst vielem anderen, Gründe dafür, weshalb das Gros der irdischen Menschheit die Planung und Durchführung der Tötung von Menschen, die Herstellung und den Vertrieb von Waffen und das Aufrüsten von Kriegsmaterialien sowie die Kriegsführungen als legitim erachtet. Und es sind dieselben Gründe, warum das achtsame und dringend notwendige Verhüten in bezug auf Nachkommenszeugung als reine Privatsache gesehen und damit eine weltweite kontrollierte Geburtenkontrolle vehement abgelehnt wird. Und es sind abermals die gleichen Gründe, die nicht verhindern, dass die verfügbaren Ressourcen weiter durch die Überbevölkerung ausgebeutet und verschleudert werden und damit den kommenden Nachfahren die kontrollierte Nutzung der Erdschätze verunmöglichen. Also sind es auch all die genannten Gründe, die bewirken, dass rundum in der gesamten Natur, im Klima und auf dem ganzen Planeten das fehlende Gleichgewicht nicht wieder hergestellt werden kann. Das bedeutet, dass all das, was dem Verstand und der Vernunft entsprechen würde, um die durch den Menschen der Erde rundum zerstörte Balance in bezug auf die Natur, die Fauna und Flora, das Klima und den Planeten wieder herzustellen, aus blanker Dummheit und Dämlichkeit sowie aus Egoismus, Habgier, Machtgebaren, Selbstsucht, Selbstherrlichkeit und Verantwortungslosigkeit vom Menschen der Erde ebenso als Unrecht oder gar als Verbrechen gesehen wird wie auch eine weltweit kontrollierte Geburtenregelung.

SSSC, 30. Mai 2014, 23.43 h

Billy

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: Freie Interessengemeinschaft für Grenz- und Geisteswissenschaften, Wassermannzeit-Verlag, 8495 Schmidrüti, Schweiz; PC 80-13703-3; IBAN CH06 0900 0000 8001 3703 3; BIC POFICHBEXXX

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2018

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz